

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis für den Abonnenten:
Wochenblatt 3.20 Mk. monatlich 1.10 Mk.
Wochenblatt 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Anzeigen-
zeile über deren Raum 50 Pf. für
bestimmte und gemeinschaftliche Vereins-
und Berathungs-Anzeigen 70 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.
Sonntagabend, den 20. Februar 1915.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Lebhafte Gefechtsstätigkeit in Polen und Galizien.

Oestlicher Kriegsschauplatz.
Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 19. Februar. (W. T. B.) Der General-
stab des Oberbefehlshabers teilt mit: Die Kämpfe
auf der Front zwischen Memel und Weichsel haben am
17. Februar fortgedauert, und ihre größte Hart-
näckigkeit in der Gegend von Augustowo sowie auf
den Wegen von Sierpe nach Plonsk erreicht.

Die österreichische Presse
über die Kriegslage.

Wien, 19. Februar. (W. T. B.) Die Blätter besprechen mit
großer Genugtuung die Wiedereroberung von Czernowitz.
Sie heben hierbei die Greuelthaten hervor, die die Russen in der
Galizien begangen haben.

Ein russischer „Ueberdreadnought
der Luft“?

Frankfurt a. M., 19. Februar. (W. T. B.) Die „Frankfurter
Zeitung“ meldet aus Petersburg: Der Stadthauptmann gibt zur
Vermeidung von Verwirrung bekannt, daß der neue Luft-
ballon „Gigant“, der angeblich größer als jeder Zeppelin
sein soll, seine Probeflüge am 15. Februar begonnen habe.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Der französische Tagesbericht.

Nichtamtlich. Paris, 19. Februar. (W. T. B.) Der amt-
liche Bericht vom 18. Februar, 3 Uhr nachmittags
lautet: Zwischen dem Meer und der Dife nichts Neues wäh-
rend der Nacht. Es bestätigt sich, daß wir einen glücklichen Hand-
reich ausführten, der uns in den Besitz zweier Reihen feindlicher
Schützengräben nördlich von Arras (nordwestlich Roalincourt) setzte
und dem Feinde ernstliche Verluste beibrachte.

Die Kämpfe an der Küste.

London, 19. Februar. (T. U.) Nach hier vorliegenden Blätter-
meldungen aus Flandern hat das Artilleriegefecht in den
Dünen bei Lombardzide mit ganz besonderer Heftig-
keit wieder begonnen. Die Stanoade wurde von den deutschen
Geschützen aufgenommen und setzte sich schließlich an der
ganzen Küste bis nach Zeebrugge fort. Die Korrespondenten
schließen daraus, daß die deutschen Strandbesetzungen
von der englischen Flotte angegriffen worden sind.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers
Amtlich. Großes Hauptquartier, den
19. Februar 1915. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der Straße Arras—Lille sind die Fran-
zosen aus dem von ihnen am 16. besetzten Teil
unseres Grabens hinausgeworfen.
In der Champagne gingen die Franzosen
erneut zum Teil mit starken Massen vor. Ihre
Angriffe brachen unter unserem Feuer völlig
zusammen. Weitere hundert Gefangene blieben
in unserer Hand. Die von den Franzosen am
16. d. Mts. eroberten kurzen Grabenstücke sind
zum Teil von uns wiedergewonnen.

Bei dem gemeldeten französischen Angriff
gegen Boureuilles-Vauquois machten wir fünf
Offiziere und vierhundertneunundsiebzig Mann
unverwundet zu Gefangenen.

Oestlich Verdun bei Combres wurden die
Franzosen nach anfänglichen Erfolgen unter
schweren Verlusten zurückgeschlagen.

In den Vogesen erkürmten wir die Höhe
600 südlich Lusse und eroberten zwei Maschin-
engewehre.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Tauroggen ist gestern von uns genommen.
Die Verfolgungskämpfe nordwestlich Grodno
und nördlich Suchawola stehen vor ihrem Ab-
schluß.

Der Kampf nordwestlich Kolno dauert
noch an.

Südlich Myszyniec warfen wir die Russen
aus einigen Ortschaften.

In Polen nördlich der Weichsel fanden
beiderseits der Wkra östlich Racionz kleinere
Zusammenstöße statt.

Aus Polen südlich der Weichsel nichts
Neues.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 19. Februar. (W. T. B.) Amtlich wird ver-
lautbart: 19. Februar 1915, mittags:

An der Front in Russisch-Polen herrschte gestern
lebhaftere Gefechtsstätigkeit, da die Russen zur Verhinderung
von Bewegungen hinter der Gefechtslinie ihre Artillerie-
und Infanteriefireer verstärkten. Hieraus entwickelten sich in
mehreren Abschnitten Gefechtsaktionen, die zur Vertreibung
vorgehobener russischer Abteilungen führten.

In Westgalizien gingen Teile unserer Gefechtsfront
zum Angriff über und nahmen einige Vorstellungen der feind-
lichen Schützengräben. In ihrem Gefechtsabschnitt erkürmten
die Tiroler Kaiserjäger in überraschendem Anlauf eine vom
Gegner seit Wochen besetzte und mit Hindernissen umgebene
Ortschaft und nahmen dreihundert Mann gefangen.

Die Kämpfe in den Karpathen werden mit
großer Hartnäckigkeit weiter geführt. Nördlich Radworna
und Kolomea wiesen unsere Truppen Vorstöße der Russen
unter großen Verlusten des Gegners zurück. Die Kämpfe
nehmen an Heftigkeit zu.

Am südlichen Kriegsschauplatz haben die
Serben in letzter Zeit wiederholt offene Städte an
unserer Grenze mit Geschützen beschossen. So
wurden auf Semlin am 10. Februar circa hundert Schüsse
aus schweren Geschützen abgegeben, hierdurch mehrere Ge-
bäude, darunter das Hauptpostamt, beschädigt, Zivilpersonen
verwundet, auch zwei Kinder getötet. Am 17. wurde Mitro-
vica beschossen. Das Kommando der Balkanstreitkräfte hat
hierauf Belgrad durch schweres Geschütz kurze Zeit bom-
bardieren lassen und durch einen Parlamentär den höchst-
kommandierenden verständigt, daß in Zukunft jede Beschü-
ßung einer offenen Stadt mit einem gleichen Bombardement
beantwortet werden wird.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
von Hoefer, Feldmarschallleutnant.

Vor 25 Jahren.

Heute vor 25 Jahren, am 20. Februar 1890, erfolgten
die deutschen Arbeiter bei der Reichstagswahl einen Wahl-
sieg, wie er glänzender nie wieder errungen ist. Die sozial-
demokratischen Wahlstimmen schnellte zu einer Höhe an, die die
frühesten Erwartungen bei weitem übertraf. Eine gleiche absolute
und relative Zunahme der Stimmen ist nie wieder erreicht worden.
Innerhalb 3 Jahren verdoppelte sich nahezu die Stimmengzahl
und überschritt bei weitem die erste Million. Und das trotz
und zum Teil infolge des Gesetzes vom 21. Oktober 1878
„gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemo-
kratie.“

Einen Taumel der Freude löste diese Wahl mit vollem
Recht aus.

1427 298 Stimmen wurden für die unter dem Aus-
nahmegesetz stehende Partei abgegeben. Bei einem Pro-
portionalwahlrecht würde dieser Wahlerfolg eine Zahl von
78 Abgeordneten entsprechen. Gewählt wurden infolge der
großen Verschiedenheit der Wahlkreise und infolge des Zu-
sammenschlusses der bürgerlichen Parteien bei den Stichwahlen
nur 35 Abgeordnete, 20 in der Hauptwahl, 15 in der Stichwahl.
Die Rücksicht auf den Krieg und die durch ihn beeinflusste
Stimmung zwingt zur Zurückhaltung bei der Rückschau auf
die Zeit vor 25 Jahren.

Die Februarwahl 1890 war die letzte unter dem Sozio-
listengesetz. Die Erfolge der Sozialdemokratie schaukelten
in dem Gesetz das Grab. Nicht nur ihm. Die Wahl führte
zum Sturz des Systems Bismarck. Bismarck wurde die
aus der Angst-Wahlkampf 1887 geborene nationalliberal-
konservative Kartellmehrheit, die von 1887 bis 1890 220 Man-
date im Reichstag auf sich vereinigte (80 Konservative,
41 Reichsparteiler, 99 Nationalliberale). In dem 1890 ge-
wählten Reichstag saßen nur 135 Anhänger der Kartellpar-
teien (73 Kons., 20 Reichsp., 42 Natl.). Der Ausfall der
Wahlen war eine Quittung auf die Verlängerung der Legis-
laturperioden von 3 auf 5 Jahre, auf die Erhöhung der Ge-
treidezölle, auf die Liebesgaben für Branntweinbrenner und
Zuckerfuder, auf die Gestaltung der „Renten“ im Alters- und
Jubiläumerversicherungsgesetz und nicht zuletzt auf die Ver-
suche, das Sozialistengesetz zu verewigen.

Tausenden hatte das Ausnahmegesetz schwere Wunden ge-
schlagen, Millionen aber sehr wider Willen der Väter des Ge-
setzes Auflösung über die wirklichen Absichten und Ziele der
Sozialdemokraten verschafft. Die Arbeiter waren erwacht.
Die wirtschaftliche Lage hatte zu einer Reihe Streiks geführt,
von denen der gewaltige Bergarbeiterstreik 1889 weit über die
Grenzen der Sozialdemokratie hinaus die Aufmerksamkeit auf
die Lage der Arbeiter lenkte. Der internationale Arbeiterkon-
gress in Paris vom 14. Juli 1890 hatte die Forderungen des
Achtstundentages und des internationalen Arbeiterkongresses er-
hoben und den Waisengedanken in die Massen geworfen. Wäh-
rend der Wahlen erschienen die kaiserlichen Erlasse vom 4. Fe-
bruar 1890. In ihnen war auf die internationalen Verhandlungen
der Arbeiter über Arbeiterrecht hingewiesen und eine
Prüfung der Gewerbeordnungsvorschritten über die Verhält-
nisse der Fabrikarbeiter verlangt. „Diese Prüfung“, hieß es im
Erlaß, „hat davon auszugehen, daß es eine der Aufgaben
der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit zu regeln,
daß die Erhaltung
der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirt-
schaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr
Anspruch auf gezielte Gleichberechtigung
gewahrt bleiben.“

Bismarck erhielt bald nach den Wahlen seine Entlassung.
Caprivi wurde Reichskanzler, Verlepich Handelsminister. Dem
am 6. Mai zusammengesetzten Reichstag ging von der
Regierung die Gewerbeordnungsnovelle, von der sozial-
demokratischen Fraktion der zum ersten Male im Jahre 1877
eingebrachte, nun umgearbeitete Arbeiterrechtsgesetzentwurf
zu. 1891 wurde die Gewerbeordnungsnovelle verabschiedet.
Sie entsprach bei weitem nicht den Forderungen der Sozial-
demokratie und enthielt neben Arbeiterrechtbestimmungen
gegen die Rechte der Arbeiter gerichtete Vorschriften. Die
Fraktion stimmte deshalb gegen sie.

Weber Drohungen und Zugeständnisse, weder Schein-
reformen noch Ausnahmegesetze hatten die Sozialdemokratie
von ihrer Ueberzeugung abwendig machen können. Die wirt-
schaftliche Lage, der rastlose — durch das Sozialistengesetz
und durch Verfolgungen gesteigerte — Aufklärungsdrang
hatten den deutschen Arbeitern Klarheit in den Zusammen-
hang der wirtschaftlichen und politischen Dinge verschafft.
Klarheit und Selbstbewußtsein. Mit der Unwiderrlichkeit
eines Naturgesetzes wuchs infolgedessen von Legislatur-
periode zu Legislaturperiode die Zahl der sozialdemokratischen
Stimmen. Ihrem Anspruch auf gezielte Gleichberechtigung,
der in dem kaiserlichen Erlaß von 1890 anerkannt ist, streben
sie nach. Dem Kampf um wirtschaftliche und politische Frei-
heit haben die Arbeiter unter dem Sozialistengesetz nicht ver-



neulich, freudig und willig oft schwere persönliche Opfer gebracht.

### Das Wachstum der Sozialdemokratie.

Es wurden abgegeben:

Bei der Wahl am	Sozialdem. Stimmen	Das sind Proz. der Wähler	Zahl der sozialdem. Abgeordn.
3. März 1871 . . .	123 075	1,5	3,19
10. Januar 1874 . . .	331 952	4,0	6,78
10. Januar 1877 . . .	423 288	5,5	9,13
30. Juli 1878 . . .	437 138	4,8	7,59
27. Oktober 1881 . . .	511 901	3,4	6,12
25. Oktober 1884 . . .	549 890	5,9	9,71
21. Februar 1887 . . .	763 128	7,8	10,12
20. Februar 1890 . . .	1 427 208	13,9	19,75
15. Juni 1893 . . .	1 786 738	16,8	23,28
19. Juni 1898 . . .	2 107 076	18,4	27,18
16. Juni 1903 . . .	3 010 771	24,0	31,71
25. Januar 1907 . . .	3 250 029	24,4	28,91
12. Januar 1912 . . .	4 250 899	29,4	31,82
			110

### Parlamentsjubiläum.

Am 20. Februar sind es 25 Jahre, daß unsere Genossen Theodor Schwarz-Lübeck, Hermann Wollensbühr, Emanuel Suren, Arthur Stadthagen, Karl Ulrich und Fritz Kunert dem Reichstag angehören.

Wehr als 25 Jahre gehören ununterbrochen dem Reichstag weiter die Genossen Geher, Stolle und v. Vollmar an.

### Lebensmittel für das okkupierte Gebiet Nordfrankreichs.

Bern, 19. Februar. (B. Z. V.) Die parlamentarischen Vertreter der besetzten Gebiete Nordfrankreichs machen Anstrengungen, die dortige notwendige Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versehen. Die Gründung einer privaten Organisation in Frankreich soll geplant sein, die mit Genehmigung der dortigen Regierung Lebensmittel durch die Schweiz beschaffen würde. Das Deutsche Reich hat die Zulassung gegeben, daß diese Waren ausschließlich für die französische Bevölkerung verwendet werden sollen. Die Beförderung der Waren an Ort und Stelle sowie die Verteilung und Ueberwachung der Verwendung wird von schweizerischen Organen übernommen werden. Die Schweiz unterstützt natürlich auch dieses Werk der Humanität nach Kräften.

### Starke Truppentransporte in England.

London, 19. Februar. (B. Z. V.) Amtlich wird mitgeteilt, daß es in der nächsten Zeit notwendig sein wird, die Bahnen in weitgehendem Maße für militärische Transporte freizuhalten.

### Vom österreichisch-serbischen Kriegsschauplatz.

#### Französische Truppen für Serbien und Syrien?

Paris, 19. Februar. (B. Z. V.) Die „Neue Züricher Zeitung“ schreibt über die Hilfeleistung Frankreichs für Serbien: Der Bericht des Generals Von bewirkt, daß man gegenwärtig Kadern zusammenstellt, die nach Serbien gehen sollen. Ferner soll ein französisches Landungs-Korps nach Syrien gehen. Man setzt auf das geplante Unternehmen in Serbien große Hoffnungen, weil man glaubt, daß man bei dem Widerstand, den man auf anderen Teilen des Kriegsschauplatzes gefunden hat, durch Oesterreich-Ungarn hindurch um so sicherer und kräftiger in das Herz Deutschlands vordringen könne. Gegenwärtig werden täglich drei- bis viertausend Engländer aus französischem Boden ausgeschifft. Auf die Unterstützung der Juden scheint man nicht mehr stark zu rechnen, da sich diese nicht an das Klima gewöhnen können. Von den dreißigtausend Juden, die nach Marjéba gebracht worden sind, hört man gar nichts mehr.

### Der Seekrieg. England und der Unterseebootkrieg.

London, 19. Februar. (B. Z. V.) Die gestrigen Blätter weisen auf die Bedeutung des 18. Februar als des ersten Tages der angelegentlichsten Unterseebootblockade hin. Sie sind einzig darin zu betonen, daß England sich vor den kommenden Ereignissen nicht fürchte. In der Presse werden die üblichen Vorwürfe und Schmähungen gegen Deutschland vorgebracht. Der Gesamteindruck der Blätterstimmen läßt sich dahin zusammenfassen, daß die geleugnete Nervosität doch besteht.

London, 19. Februar. (B. Z. V.) Wie das Handelsamt mitteilt, sind die Vorbereitungen dazu vollendet, daß allen auf britischen Handelsschiffen beschäftigten Personen, die infolge von Feindseligkeiten verlegt werden, Entschädigung gezahlt wird.

### Eine russische Stimme über den Unterseebootkrieg.

Die „Niemskaja Wesi“ veröffentlicht über den deutsch-englischen Unterseebootkrieg einen Leitartikel, der in sachlicher Form, ohne auf die völkerrechtlichen Grundlagen dieser neuen Form des Krieges einzugehen, die politischen Folgen und Aussichten dieses neuesten Stadiums des Weltkrieges untersucht. Ohne uns die grundsätzlichen Anschauungen des russischen Blattes zu eigen zu machen, geben wir sie als interessantes Material zu dieser Frage wieder.

„Am 4. Februar — schreibt das Blatt — sind die großbritannischen Inseln einschließlich Island von der deutschen Regierung unter völliger Blockade“ erklärt worden. Wie aus dem allen Staaten unterbreiteten Memorandum hervorgeht, soll dieser von Deutschland unternommene Schritt nicht nur eine formelle Antwort auf die englische Erklärung über die Ausdehnung des Kriegesgebietes auf die Nordsee sein, sondern auch die tatsächliche Isolierung der Inseln des Vereinigten Königreiches nach sich ziehen. Mit anderen Worten: Im Kampf gegen seinen unverwundlichen Gegner beabsichtigt Deutschland, jetzt dieselbe Waffe anzuwenden, die schon außerordentlich schwer auf seine wirtschaftliche Lage eingewirkt hat und die im Falle des Erfolges tatsächlich die mächtigen

wirtschaftlichen und militärischen Kräfte Englands schädigen könnte.

Bei der Inselgruppe Englands, die eine so ungeheure Rolle im Charakter und in der Richtung der britischen Weltpolitik spielt, wäre eine wirkliche Blockade des Küstengebietes gleichbedeutend mit der völligen Vernichtung der englischen Seeherrschaft; sie würde auch England nicht nur vom Festland, sondern auch von der ganzen Welt abschließen. Für England, das für den Export arbeitet und vom Import lebt, wäre das eine Frage des politischen Todes, des wirtschaftlichen Ruins und der schnell zunehmenden Volksnot.

Damit aber die Blockade vollständig, das heißt wirksam, sein soll, muß sie in der ganzen Länge der blockierten Grenzen zur Geltung kommen. Nur unter dieser Bedingung können die schweren Bestimmungen der Blockade für die neutralen Staaten obligatorisch sein. Und nur bei Einhaltung dieser Bedingung wird der Staat, der die Blockade erklärt hat, nach den bestehenden Normen des internationalen Rechts von jeder Verantwortung für den Schaden, der dritten Personen erwächst, vollkommen befreit.

Wenn Deutschland jetzt nicht nur auf die Nordsee, sondern auch auf den Kanal und die Atlantische Küste Englands ein Veto gelegt hat, so lautet naturgemäß die Frage auf, wie weit die zu seiner Verfügung stehenden Mittel mit seinen politischen Zielen im Einklang stehen.

Großbritannien herrscht noch wie vor über die Meere und der Stog bei den Kanalinseln wie die Abwehr des letzten Vorstoßes der deutschen Kräfte legen Zeugnis ab, daß selbst eine so erstklassige Seemacht wie Deutschland nicht so leicht gegen die mächtige Flotte Englands anlaufen kann. Gaudete es sich bloß um die alten Reiheden des Seekrieges, müßte die deutsche Blockade Englands von Anfang an in das Gebiet der Wortdeklaration verbannt werden.

Aber die Praxis des verflochtenen Halbjahres hat die Befürchtungen eines solchen Kenners der Marinefragen wie W. Scott über den relativen Wert der großen Panzerschiffe bestätigt und eine neue Seegefahr in den Vordergrund gerückt — das Unterseeboot. Heber die Rolle, die dieser neue Typ der Kampfschiffe bei der künftigen Blockade spielen soll, hat schon seinerzeit Admiral Tirpitz gesprochen. . . .

Eine Unterseeboote, ergänzt von einer Flotte auf der See und vielleicht auch von einer Luftflotte, kann bei einer entsprechenden Kombination der Kräfte dahin führen, daß die deutsche Drohung aufhört, eine schöne Phrase zu sein, und dies um so mehr, als die deutschen Unterseeboote bereits ihre Seetüchtigkeit wie ihre Kampfeigenschaften gezeigt haben.

Aber andererseits beweisen einige erfolgreiche Expeditionen noch nicht die Möglichkeit der Verwirklichung jenes groß angelegten Planes, mit dem der deutsche Marinestab jetzt vor der Öffentlichkeit getreten ist. Damit die Blockade an der ganzen Küstenlinie der großbritannischen Inseln aufrecht erhalten wird, müssen nicht nur eine ganze Reihe von Schwierigkeiten überwunden werden, sondern ist auch eine ungeheure Menge von Blockadeschiffen erforderlich. Obgleich auf den deutschen Werften fleißig gearbeitet wird, und obgleich Deutschland, wie in den Zeitungen gemeldet wurde, jährlich 60 Unterseeboote des neuesten vollkommeneinsten Typs bauen kann, wird eine wirkliche Blockade der englischen Küsten für Deutschland unmöglich sein, solange die britische Flotte unangestraft bleibt.

Indessen müssen periodische erfolgreiche Streifzüge der deutschen Unterseeboote sehr empfindliche Seiten des britischen Wirtschaftslebens und der britischen Politik berühren. Sie erschweren den Handel, sie erhöhen die Frachten, sie werden möglicherweise die neutralen Schiffe zwingen, die englischen Inseln zu umschiffen. Und logischerweise werden sie die Frage aufrollen: wer der eigentliche Herr in der Nordsee sei. Die Erklärung der Blockade der englischen Küsten beschleunigt den Gang der Ereignisse.

### Auch das Luftschiff „L 4“ verloren gegangen.

Berlin, 19. Februar. (B. Z. V.) In dem schweren Süd-Sturm, dem am 17. Februar das Luftschiff „L 3“ zum Opfer fiel, ist, wie wir erfahren, auch das Luftschiff „L 4“ verloren gegangen. Es ist infolge von Motorschaden bei Blaavands-Hut in Dänemark gestrandet und später nach See zu abgetrieben. Von der Besatzung sind 11 Mann gerettet, darunter der Kommandant, vier werden vermißt. Die Geleiteten sind vorläufig in Varde untergebracht worden.

### Englische Verluste.

Im englischen Unterhause teilte der Marineminister mit, die englische Marine habe seit Kriegsanfang folgende Verluste an Mannschaften erlitten: Getötet 348 Offiziere und 5813 Mann, verwundet 45 Offiziere und 353 Mann, vermißt 8 Offiziere und 5 Mann. Weiter habe die königliche Marinedivision verloren: Getötet 5 Offiziere und 96 Mann, verwundet 4 Offiziere und 184 Mann, vermißt 7 Offiziere und 868 Mann, interniert 30 Offiziere und 1524 Mann. — Der Unterparlamentarischer Sekretär des Krieges teilte mit, daß bis zum Januar im englischen Heere 9175 Fälle erfrorener Gliedmaßen vorgekommen seien, ungefähr zehn Prozent der Gesamtverluste.

### Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses.

Berlin, den 19. Februar 1915. (B. Z. V.) Die heutige Sitzung des verstärkten Haushaltsausschusses des Abgeordnetenhauses galt den Beratungen über Ostpreußen. Der Minister des Innern gab einleitend eine zusammenfassende Darstellung der Hilfsaktionen für die Provinz Ostpreußen seit der ersten russischen Invasion. Er wies hin auf den kaiserlichen Erlass vom 27. August, der den Maßnahmen der Regierung zugrunde liege. Nachdem der Feind zum ersten Male aus dem Lande vertrieben war, sei man unverzüglich daran gegangen, die Kriegsschäden festzustellen, und es seien aus Staatsfonds die Mittel bereitgestellt worden, um einstweilen die Fährung von Haushalt, Wirtschaft und Gewerbebetrieb zu ermöglichen. Es sei alsdann unter dem Vorherrsche des Oberpräsidenten und unter Hinzuziehung von Vertretern der verschiedenen Erwerbsstände die Kriegshilfskommission für die Provinz gebildet worden. Gleichzeitig sei bestimmt worden, daß Vorentscheidungen aus Staatsmitteln gewährt wurden, unabhängig von einer definitiven Feststellung des Schadens und vorbehaltlich der späteren endgültigen Erstattung gemäß § 35 des Kriegshilfsleistungsgesetzes. Eine große Anzahl von lokalen Kriegshilfsausschüssen sei gebildet worden. Eine umfangreiche Hilfsstätigkeit habe sofort nach der ersten Invasion begonnen. In 39 geschädigten Kreisen seien bisher 66 Kriegshilfsausschüsse gebildet worden. Nach dem Stande am 1. Februar seien auf 72 458 Anträge 2,7 Millionen Mark an Vorentscheidung gezahlt worden. Warmste Anerkennung verdienten all die beteiligten Staats- und Gemeindeglieder. Wenn auch noch nicht allen Anträgen habe entsprochen werden können, so sei doch trotz 72 453 Entschädigungen keine einzige Beschwerde eingelaufen. Nach der ersten Invasion seien Tausende von Ostpreußen heimwärts geworden, größer noch sei die Zahl gewesen, als der erste Rückschlag eintrat. Unter der Leitung des Landeshauptmanns, der das Amt als

Flüchtlingskommissar übernommen habe, sei der Strom der Flüchtlinge in die anderen Provinzen der Monarchie und nach Baden-Burg geleitet worden. Die Flüchtlinge seien überall bereitwillig aufgenommen worden. Der Staat zahle monatlich mehrere Millionen Mark. Es sei festzustellen, daß die Flüchtlinge überwiegend zu ihrer Zufriedenheit untergebracht seien; der Reizung, nach Berlin zu strömen, habe er geglaubt, entgegenwirken zu müssen. Angehörigen der sogenannten freien Berufe sei durch Darlehen geholfen worden. Der Minister schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die große und schöne Aufgabe des Wiederaufbaues der Provinz Ostpreußen in vollem Umfang gelingen werde.

Ein Abgeordneter würdigte die Verdienste des Oberpräsidenten und des Landeshauptmanns von Ostpreußen, durch deren Umsicht die bei der ersten Invasion der Russen beobachteten Uebelstände späterhin vielfach vermieden worden seien. Für eine allgemeine Zurückführung der Flüchtlinge seien die Witterungsverhältnisse noch ungeeignet. Dagegen müsse und werde für sofortige Beseitigung der brachliegenden Acker gesorgt werden, wozu Motorpflüge heranzuziehen seien. Bei dem Wiederaufbau der Gebäude solle die Rücksicht auf architektonische Schönheit nicht die praktische Brauchbarkeit zurückdrängen. Die Hauptaufgabe sei, einer Entvölkerung der Provinz vorzubeugen. Auch indirekte Schäden seien zu erforschen. Die Seamenchaft Ostpreußens sei überlastet.

Von anderer Seite wurde der Standpunkt der Technik und des Städtebaues betont. Die Vertreter der Technik mühten zu den Hilfskommissionen herangezogen werden. In Anlehnung an die mittelalterliche Baukunst solle in einer zwar praktischen, aber auch heimatisch schönen Bauweise wieder aufgebaut werden unter sachverständiger Bauberatung und Zentralisierung der Baustoffbeschaffung. Gute Wohnverhältnisse seien ein treffliches Mittel gegen die gefährlichste Entvölkerung.

Ein Redner beleuchtete die Rechtslage, die einen Anspruch auf volle Entschädigung außer Zweifel stelle, und beflagte Verzögerungen und Schwerefälligkeiten in der Auszahlung der Vorentscheidungen, die auch Mißstände in der Auffassung habe. Für den Wiederaufbau, der nicht verzögert werden dürfe, sei die Heranschaffung von Baustoffen unläuglich zu erleichtern, und Holz aus den Staatsforsten bereitzustellen. Die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre frühere Wirkungsstätte müsse energisch betrieben, ihre Lage dürfe durch Abschluß neuer Arbeitsverträge an ihren jetzigen Aufenthaltsort nicht ausgenutzt werden. Dem Versuch der Versicherungsgesellschaften, sich dem Erfolge von Kriegsbrandschäden zu entziehen, sei entgegenzutreten.

Der Finanzminister führte aus, daß die Geschädigten einen Rechtsanspruch an den Staat nicht hätten. Preußen sei eingetretten, um die Geschädigten nicht in Not kommen zu lassen, aber in der Erwartung, daß das Reich später auf Grund des § 35 des Kriegshilfsleistungsgesetzes eintreten werde. Der von Preußen aufzuwendende Betrag sei nicht auf 400 Millionen Mark begrenzt, es werde erforderlichenfalls über diesen Betrag hinausgegangen werden, durch den Nachtragsetz sei dies nicht gehindert. Die zu Vorentscheidungen erforderlichen Mittel seien vom Finanzressort stets unverzüglich zur Verfügung gestellt worden, entsprechend den Anträgen der Herren Reichsminister. Mit dem Wiederaufbau, soweit es zur Fortführung der Wirtschaft erforderlich sei, müsse sofort begonnen werden, nur mit dem endgültigen Wiederaufbau müsse bis nach Friedensschluß gewartet werden. Die Staatsregierung gebe die Mittel zum Wiederaufbau der zerstörten Gebäude, behalte sich aber einen Rückgriff gegen die Versicherungsgesellschaften, bei denen die zerstörten Gebäude versichert seien, vor; die über diesen Rückgriff mit den Gesellschaften zu führenden Verhandlungen würden hoffentlich zu einem befriedigenden Ergebnis führen.

Aus der Kommission wurde der ostpreussische Pferdezug gebührend und die möglichst umfangreiche Verwendung von Kriegshilfsleistungen gewünscht, von anderer Seite Vorzüge für die Beschaffung von Nachhypotheken für innere Kolonisation und Elektrifizierung der Provinz sowie für Bereitstellung von Saatgetreide.

Ein Abgeordneter erkannte die vorläufige Fürsorge für die Flüchtlinge als im allgemeinen befriedigend an. Einzelnen Klagen könne durch Mitwirkung der Ortsbehörden geholfen werden. Er begrüßte die Zusage des Finanzministers hinsichtlich der Vorentscheidung und wünschte ernste Beachtung der Hypothekenregelung. Die Arbeiterfrage sei schwierig, eine Beschränkung der reichsgesetzlich zugesicherten Freizügigkeit aber zu bekämpfen. Zweckmäßigkeit und Schönheit ließen sich beim Neubau wohl vereinigen. Die Entschädigungen dürften nicht von der Unterstellung unter das Besitzbefestigungsgesetz abhängig gemacht werden.

Wehrfach wurde die Wichtigkeit des Ostsaß betont.

Der Landwirtschaftsminister wies auf die Erschwerung der Vergütungsmahnahmen der Zivilbehörden durch die Möglichkeit des feindlichen Einbruchs hin. Besonders großer Schaden sei der Pferde- und Rindviehzucht erwachsen, da die Einfälle der russischen Truppen sehr weiträumige Zuchtgebiete getroffen hätten. Vor allem bedürfe der kleine Pferdezüchter der staatlichen Unterstützung, in erster Linie durch Herabgabe von Stuten aus den Beständen des Heeres. Die ostpreussische Landwirtschaftskammer hat große Pferde- und Rindviehbestände geborgen und zum Teil für die Zurückführung erhalten können. Von den zerstörten Domänen konnte ein Teil zweckmäßig zur Aufzucht. Auch sonst finde die innere Kolonisation wichtige Aufgaben. Eine Hauptaufgabe müsse die Erhaltung des alten Stammes der Landarbeiter sein, die leicht in den Provinzen, in denen sie untergebracht wären, zurückbleiben könnten. Zur Sicherung der zweiten und dritten Hypotheken empfahle sich ein Zusammengehen des Staates und der Kommunalverbände. Wenn auch Hypotheken nur bis zu 70 v. H. vom Hundert des Verkehrswertes bei der Bezahlung der Zinsen aus der Vorentscheidung berücksichtigt würden, so finde doch sonst keine Zurückführung der Besitzer höher verschuldeten Grundstücke bei der Vorentscheidung statt. Die Erhaltung der Kriegsverluste solle nicht von der Besitzbefestigung abhängig gemacht werden. Die Elektrifizierung der Provinz komme erst nach dem Friedensschluß in Betracht. Dann werde man zweckmäßig wie in der Rheinprovinz und in Westfalen vorgehen. Zur Anschaffung von Kraftpflügen seien für Ostpreußen bereits 2 Millionen bereit gestellt.

Der Oberlandhallmeister gab ergänzend Auskunft über die Art und Weise der Vergütung des wertvollen Zuchtmaterials und die dabei erlittenen glücklicherweise nicht großen Verluste.

Ein Mitglied der Kommission verfolgte im einzelnen den Gedanken der inneren Kolonisation Ostpreußens, wollte einen Neuerwerb von Grund und Boden in der Provinz durch Spekulationsfreie unter allen Umständen verhindert sehen und verlangte weitere Stärkung des Sicherheitsgefähls.

Ein weiteres Mitglied betonte, daß durch die russischen Einfälle Werte zerstört worden seien, die nie mit Geld ersetzt werden könnten, hegte aber das Vertrauen, daß dort, wo mit Geld zu helfen sei, nichts gespart werde. Die Entschädigungen dürften freilich nur Zug um Zug mit dem Wiederaufbau an Ort und Stelle ausgegahlt werden, damit das Ziel der Wiederbevölkerung der Provinz erreicht werde.

Von anderer Seite wurde die Zugiehung von Vertretern der Arbeiterschaft zu den Hilfskommissionen gewünscht und es wurden Beschwerden gegen Unterorgane der Kriegshilfe vorgebracht. Die Flüchtlinge dürften in ihrer wirtschaftlichen Entscheidungsfreiheit nicht beschränkt; ein Zwang zur Zurückführung nicht ausgedrückt werden. Zur vorläufigen Verchtigung der nötigen Arbeiten sollten Flüchtlinge aus allen Landesteilen herangezogen werden.

Ein Redner wies nochmals auf den Ruhez der Bauberatungen, stellen hin.

Von einem anderen Mitglied wurde über Engpässe bei der Requisition der Feuerstätten und über Härten bei der Requisition von Futter geäußert, andererseits die Umsicht und Fürsorge der landwirtschaftlichen Verwaltung bei Wiederaufzucht der ostpreussischen Pferdezügung warm anerkannt.

Nachdem ein Abgeordneter darauf hingewiesen hatte, daß die von der Feuerzuzugietät festgesetzte Vorentscheidung für die vom Reiche zu gemärende endgültige Entschädigung nicht maßgebend sei, sondern auf diese angerechnet werden würde, folgte

\* Um eine Blockade in völkerrechtlichem Sinne handelt es sich bei dem deutschen Vorgehen nicht, sondern um eine Erklärung als Kriegsgeschehnis. Die Red. d. B.



der Berichterstatter im Schlusswort die völlige Übereinstimmung der Staatsregierung mit der Kommission dahin zusammen, daß ohne Rücksicht auf die erforderlichen Geldmittel das Ziel des neuen Aufbaues Ostpreußens im Sinne des königlichen Wortes erreicht werden müsse unter Beobachtung folgender Leitfäden:

Wiederbevölkerung der Provinz, Bürgerschaften für eine zweckentsprechende Verwendung der Entschädigungen, Herbeiführung einer Bundesratsverordnung, die eine Auflösung der von Flüchtlingen anderwärts geschlossenen Arbeitsverträge auf deren Antrag zuläßt, Förderung der inneren Kolonisation, insbesondere durch Ausweisung hierzu geeigneter Domänen, Wiederaufrichtung der ostpreussischen Pferde- und Viehzucht, Verbindung von Zweckmäßigkeit und Schönheit bei Errichtung neuer Gebäude, Förderung der Landbestellung.

Die Beratungen der Kommission liegen auf allen Seiten der ersten, von warmer Empfindung getragenen Willen erkennen, der schwer geprüften, nun hoffentlich für immer vom Feinde befreiten Provinz zu ihrer alten Blüte zu verhelfen.

## Eine Erklärung Vivianis in der Kammer.

Paris, 19. Februar. (W. T. V.) In der gestrigen Sitzung der Kammer stellte der Deputierte Chaumet eine Anfrage an Viviani über die Tagesordnung des Londoner Sozialistenkongresses. Chaumet führte aus, die Tagesordnung habe die Deffenlichkeit um so mehr erregt, als zwei Regierungsglieder an der Konferenz teilgenommen hätten. Der Redner betonte sehr, daß die Minister sich nicht die Reserve auferlegten, zu welcher die Journalisten gezwungen seien.

Ministerpräsident Viviani erklärte, daß die Richtlinien der Regierungspolitik unverändert seien und gegenüber den Verbündeten von gleicher Herzlichkeit wie bisher blieben. Viviani bekräftigte erneut, daß die Verantwortung für die augenblicklichen Ereignisse Frankreichs zu Lasten falle. Die Regierung wiederholte, daß sie ohne Schwäche und ohne Ermatten in Übereinstimmung mit den Verbündeten den Krieg bis zum Ende (einstimmiger, langanhaltender Beifall, Sembat und Guessedes klatschen lebhaft), bis zur Befreiung Europas, bis zur materiellen und politischen Wiederherstellung Belgiens, bis zur Wiedereinverleibung Elsaß-Lothringens fortsetzen werde. (Beifall auf allen Bänken.) Wenn wir die Wiedereinverleibung dieser Provinzen verteidigt haben, fuhr er fort, können wir sagen, daß sie nicht durch Eroberung, sondern durch Restitution zu uns zurückgekommen sind. Laut Vertrag vom 4. September kann die Regierung eine friedliche Lösung nur gemeinsam mit den Verbündeten erwägen, deren Treue in diesen Prüfungen das heilige Bündnis noch enger gestaltet, jenes Bündnis, welches die Sache der Zivilisation und des Rechtes rettet und Europa, ja vielleicht die ganze Welt retten wird, denn der Triumph des preussischen Militarismus wäre die Vernichtung aller Freiheiten. Nicht nur die Regierungen reden so, sondern auch die verbündeten Völker selber, welche um den gemeinsamen Gedanken geschart sind, wissen, daß der Triumph des deutschen Imperialismus der Zusammenbruch ihrer Freiheiten sein wird. Niemand hat die Geschichte ein solches Schauspiel gesehen! Viviani beschwor schließlich das Parlament, seine Pflicht zu tun, Konflikte zu vermeiden und Mißverständnisse, falls solche auftreten sollten, zu zerstreuen statt zu verschärfen. (Lebhafte Beifall.) Chaumet erklärte sich befriedigt und dankte Viviani.

Im Senat befragte der konservative Senator Gaudin de Villaine ebenfalls Viviani über die Anwesenheit Sembats und Guessedes auf dem Sozialistenkongress in London. Er hätte gewünscht, daß die Regierung in einer Note an die Presse sich jeder Verantwortlichkeit entziehen hätte, und ist der Meinung, daß die Haltung der sozialistischen Minister unzulässig sei. Viviani wiederholte unter lebhaftem Beifall die Erklärung, welche er in der Kammer abgegeben hatte; damit war der Zwischenfall beigelegt.

## Die Haltung der J. L. P.

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns: Drei weitere Provinzialkonferenzen der J. L. P. haben ihre Beratungen zum Dingen stattfindenden Parteitag der Partei beendet und ihre dem Parteitag zu unterbreitenden Resolutionen gefaßt, und zwar die Provinzialkonferenzen von Wales, von Südost-England und von Nordost-England. Sie alle zeigen das Bild wie die früheren Provinzialkonferenzen, über die wir bereits berichtet haben. Die kriegsfeindliche Haltung des Vorstandes der J. L. P. und des Parteioberhauptes, Labour Leader, wurden durchweg mit der größten Einmütigkeit gutgeheißen, die Arbeiterpartei wird für die jugoslawischen Zwecke des Arbeiterorgans „Daily Citizen“ an den Frager gestellt. Daneben sind überall Resolutionen angenommen worden, die sich mehr allgemein gegen die imperialistische auswärtige Politik wenden und einen Frieden ohne Eroberungen, der den Rüstungen zu Wasser und zu Lande ein Ende macht, fordern. Besonders hervorzuheben wäre, daß sich an der Provinzialkonferenz der Distrikte Grasshafften, von deren Bevölkerung man nach den Heimnachrichten der deutschen Kriegs- und Luftschiffe noch am ehesten eine deutschfeindliche Stimmung hätte erwarten können, kein einziges Wort gegen die kriegs- und regierungsfeindliche Politik der J. L. P. erhoben wurde.

## Die italienische Kammertagung.

Die italienische Kammer ist am Donnerstag zusammengetreten. Es waren Kundgebungen für und gegen den Krieg vor dem Parlamentsgebäude geplant. Da aber die Kammer und ihre Zugangstüren von starken Militäraufgeboten abgesperrt waren, wurden alle Demonstrationsversuche ohne Zwischenfälle in keine unterdrückt. Die Polizei zerstreute ferner ohne Schwierigkeiten Ansammlungen von Futuristen, Demokraten und Republikanern, die an anderen Punkten Demonstrationen versuchten. Einige Anführer, darunter der Futuristenführer Marinetti, wurden festgenommen.

In der Sitzung legte Ministerpräsident Salandra einen Gesetzentwurf über die Hilfeleistung für die Erdbebenkatastrophe vor. Er appellierte an die Nation, feils Vertrauen in die Zukunft Italiens im Herzen zu tragen, dessen Geschick nicht allein den Ruhm der Vergangenheit, sondern auch alle Hoffnungen und Ideale der Zukunft umfasse. (Langer stürmischer Beifall.) Der Republikaner Colajanni feierte darauf das Gedächtnis in den Argonen gefallenen Garibaldiner, die dem Vaterlande den Weg nach Orient und Triest bahnten.

In der Freitagssitzung stellte Abg. Giretti die Frage an den Ministerpräsidenten und an den Minister des Innern, welchen Protest die italienische Regierung bei der deutschen Regierung wegen der Verletzung der Neutralität Lugemburgs zu machen gedenke, die auch von der italienischen Regierung durch den Londoner Vertrag von 1867 garantiert worden sei. Der Unterstaatssekretär des Innern Viorarelli erklärte, angeekelt des gegenwärtigen Augenblicks halte er es für angemessen, nicht zu antworten.

Hierauf begann die Kammer die Beratung des Haushalts.

## Die englischen Arbeiter gegen die Teuerung.

London, 19. Februar. (W. T. V.) Von den Organisationen der Arbeiterpartei und der Sozialisten ist ein Komitee gebildet worden, das eine Massenversammlung veranstalten soll, die für eine energische Aktion der Regierung gegen die Steigerung der Preise von Kohlen und Lebensmitteln eintreten soll. Die Massenversammlung soll am 28. Februar nachmittags am Trafalgar Square stattfinden. In demselben Tage sollen in allen industriellen Zentren des Landes ähnliche Demonstrationen abgehalten werden.

Frankfurt a. M., 19. Februar. (W. T. V.) Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet aus London: Nach dem „Daily Citizen“ fehlen im Kriegsarsenal von Woolwich 1800 geschulte Arbeiter, in den anderen Arsenalen zusammen 1200 Arbeiter.

## Die englische Arbeiterpartei gegen die Regierung.

Amsterdam, 19. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“). In der am Mittwoch fortgesetzten Teuerungsdebatte rebellen die Arbeitervertreter Looill, (?) Anderson und Snowden. Ihre Ausführungen wurden aufmerksam angehört; sie zogen jedoch der Regierung keine entscheidenden Maßregeln ab. Anderson kündigte den stärksten Widerstand des Proletariats gegen die Einführung der Rinderausbeutung an. Niemand wünsche zurzeit einen Streik, aber eine Lohnerhöhung sei ohne eine Geschäftsförderung zuzugestehen. Die Regierung sei für das Industriebeere ebenso verantwortlich wie für die Feldarmee. Der Krieg sei ein großes Unglück für das britische Volk. Der Redner hofft, daß die internationale Arbeiterschaft bessere Methoden für die Schlichtung der Differenzen findet.

Die „Daily News“ nennt Andersons Jungferrede einen großen Erfolg. Der Präsident des Arbeitsamts, Runciman, lehnte die Forderung von Höchstpreisen ab. Diese würden die Pächter vom Weizenanbau eher abhalten. Wegen die Kohlennot habe die Regierung manches unternommen, sie würde auch nicht vor einer Staatskontrolle der Schifffahrt zurückschrecken, wenn dabei Vorteile herauskämen. Der Redner beschwor die Arbeiterpartei, nicht ein laienjähriges Reich inmitten dieses großen Krieges zu fordern. Snowden schilderte die Erbitterung der Arbeiterschaft, der man statt Brot Steine reide. Seit 1900 stiegen die Kosten des Lebensunterhalts um 41½ Proz., während die Löhne nur um 5 Proz. gestiegen sind.

„Daily Citizen“ sagt in einem Leitartikel, die Verhandlung zeigte, wie furchtbar die Regierung sei, die Arbeiterinteressen gegen die Agrarier und Reeder zu verteidigen.

## Eisenbahner- und Straßenbahnerstreik in England.

Amsterdam, 19. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“). 50 000 englische Trambahner, von denen 35 000 organisiert sind, traten in eine Lohnbewegung ein. Sie fordern eine 15prozentige Erhöhung ihrer Löhne. Infolge wiederholter Ablehnung ihrer Forderungen streiken über 100 Eisenbahner aller Kategorien, darunter sämtliche Mechaniker auf der London- und Southwestern-Bahn. Der Streik ist erfolgreich, weil die Maschinenreparaturen durch denselben verhindert werden.

Die irischen Eisenbahner setzten eine Lohnerhöhung durch.

## Der Prozeß gegen Dewet.

Bloemfontein, 18. Februar. (Nebung des Reuterschen Bureaus). Die Verhandlung im Prozeß Dewet wurde fortgesetzt. Der interessanteste Punkt im Zeugenverhör betraf die Angabe, die Dewet bei der Ansprache an das Kommando machte, daß die aufständische Bewegung vor zwei Jahren geplant worden sei, als Herkog aus dem Kabinett austrat.

## Der Militärdienst in Indien.

London, 19. Februar. (W. T. V.) Die „Times“ melden aus Kalkutta: Die Handelskammer von Bengalen hat der Regierung eine Denkschrift übergeben, in der eine Untersuchung über den freiwilligen Militärdienst in Indien verlangt wird. In Kalkutta ist weder die Anzahl noch die Ausbildung der Freiwilligen zufriedenstellend. Die Kammer spricht sich für die allgemeine Dienstpflicht aus. Die Handelskammer von Burma verlangt Dienstpflicht für alle Europäer zwischen 17 und 30 Jahren.

## Die Kohlennot in Paris.

Paris, 19. Februar. (W. T. V.) Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet aus Paris: Die Kohlennot in Paris wird immer größer, die Preise steigen fortwährend. Die neuerliche Verschärfung der Maßregeln über die Verdunkelung der Stadt sind durch das Erscheinen dreier Luftschiffe über Nantes, 80 Kilometer westlich von Paris, hervorgerufen. Die Militärbehörde ließ sofort jegliche Beleuchtung in der Stadt untersagen.

## Französische Presse-Enten.

Brüssel, 15. Februar. (W. T. V.) Der in Lyon erscheinende „Nouveliste“ hat am 28. Januar eine Nachricht gebracht, wonach die Deutschen in Brüssel Möbel, Gemälde, Uhren und Teppiche aus dem Senat und aus der Deputiertenkammer nach Deutschland hätten schaffen lassen. Diese Nachricht ist un wahr. Die von maßgebender Seite mitgeteilt wird, hat die deutsche Militärverwaltung, die die Räume des belgischen Parlaments für ihre Zwecke benutzt, nicht einen einzigen Gegenstand daraus entfernt. Ähnliche Notizen tauchen fast regelmäßig seit Monaten in der im Auslande redigierten belgischen Presse auf; auch diese Verleumdungen seien hiermit nochmals gekennzeichnet.

## Der Austausch der Kriegsinvaliden.

Amtlich, Berlin, 19. Februar. (W. T. V.) Der Austausch der schwerverwundeten Deutschen und Engländer hat am 15. und 16. Februar stattgefunden. Die niederländische Regierung hatte in entgegenkommendster Weise ihr Notes Kreuzpersonal und ihre Lazarettzüge zur Verfügung gestellt. Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß sowohl die zurückgekehrten Deutschen wie auch die abgereisten Engländer einstimmig erklärt haben, daß ihre Behandlung in Deutschland bzw. in England in jeder Beziehung einwandfrei gewesen wäre.

Der in der Unterhausung am 15. Februar vom Minister Churchill der deutschen Regierung gemachte Vorwurf, daß ihre Zustimmung für den Austausch zu spät abgegeben sei, trifft nicht zu. Deutschland hatte bereits vor Monaten sein grundsätzliches Einverständnis in dieser Frage

erklärt. Der Termin des Austausches (15./16. Februar) ist dann sogleich festgelegt und der englischen Regierung übermittelt worden, als deren Vorschläge hier eingegangen waren.

Der Austausch der schwerverwundeten Franzosen kann leider noch nicht stattfinden, da Frankreichs Zustimmung immer noch ausbleibt.

## Die Protestversammlungen der Deutsch-Amerikaner.

Zu den Protestversammlungen, die von den Deutsch-Amerikanern und Iren in den Vereinigten Staaten gegen die amerikanische Unterstützung der Engländer und Franzosen in diesem Kriege zurzeit abgehalten werden, wird noch gemeldet, daß sich auch die sehr zahlreichen Schweden, Norweger und Finnen den Deutschen und Irländern anschließen. Man unterschätzt deren Einfluß nicht; denn es handelt sich um 8 bis 9 Millionen in Amerika geborener Deutsch-Amerikaner und ebenso viel Irländern, die Eingewanderten nicht mitgerechnet. Die Eingeborenen verlangen, daß die Neutralitätskomödie, die unter dem Stern- und Streifenbanner gespielt werde, ein Ende nehme.

## Kriegsbekanntmachungen.

### Umgestaltung des Paketverkehrs nach der Front.

Amtlich, Berlin, 18. Februar. (W. T. V.) Auf Grund der Erfahrungen, die bei den bisherigen Versuchen gewonnen sind, hat die Heeresverwaltung eine Umgestaltung des Paketverkehrs nach der Front ins Auge gefaßt. Vor allem soll eine größere Gleichmäßigkeit dadurch erreicht werden, daß die Militär-Paketdepots dauernd geöffnet bleiben. Als oberste Gewichtsgrenze sind 50 Kilogramm festgesetzt, so daß für die hier in Frage kommenden Bedürfnisse kaum noch Beschränkungen bestehen werden. Auch ist beabsichtigt, einen Paketverkehr von der Front nach der Heimat in gewissen Grenzen zuzulassen. — Das Inkrafttreten der schon seit längerer Zeit beschlossenen Neuordnung mußte etwas verschoben werden, weil die Aufarbeitung und Zuführung der ungeheuren Massen von Wehrnachspaketen infolge der Kämpfe der letzten Wochen große Schwierigkeiten bereite. Für die Zwischenzeit wurde dem dringendsten Bedürfnis durch dauernde Zulassung der 1-Pfund-Briefe Rechnung getragen.

Nach dem westlichen Kriegsschauplatz wird der Paketverkehr am 22. Februar freigegeben werden. Die Veröffentlichung der näheren Bestimmungen hierüber erfolgt demnächst. — Die Zulassung des Paketverkehrs nach dem östlichen Kriegsschauplatz hängt von dem Fortgang der dortigen Operationen ab und wird weiterhin bekannt gegeben werden.

### Kriegsschreibstuben für Feldpostsendungen.

Berlin, 18. Februar. (W. T. V.) Um dem mit den Vorschriften über die Adressierung und Verpackung der Feldpostsendungen weniger vertrauten Publikum hilfreich an die Hand zu geben und damit auf eine Verringerung der großen Zahl der unrichtig und unendlich adressierten und mangelhaft verpackten Feldpostsendungen hinzuwirken, hatte das Reichspostamt Oktober 1914 die Oberpostdirektionen veranlaßt, die Einrichtung von Kriegsschreibstuben möglichst zu fördern. Nach einer dieser Tage vorgenommenen Feststellung sind jetzt im Reichspostgebiet 1813 Kriegsschreibstuben, 773 Verpackungsstellen und außerdem 515 vereinigte Kriegsschreibstuben und Verpackungsstellen in Tätigkeit, was mit Freude begrüßt werden darf. Die Reichspostverwaltung wendet der weiteren Ausbreitung dieser Einrichtung dauernd ihre Fürsorge zu.

### Portofreier Briefverkehr der deutschen Kriegsgefangenen in den französischen Kolonien.

Berlin, 19. Februar. (W. T. V.) Eine durch die Zeitungen verbreitete Nachricht, den deutschen Kriegsgefangenen in Algier, Marokko und den französischen Kolonien sei der portofreie Briefverkehr mit ihrer Heimat unterstellt, beruht auf einem Irrtum. Für sie gelten genau die gleichen Bestimmungen wie für die im europäischen Frankreich Internierten.

## Letzte Nachrichten.

### Brämien auf Vernichtung deutscher Unterseeboote.

Amsterdam, 19. Februar. (W. T. V.) „Handelsblad“ meldet: Die britische Admiralität ließ in verschiedenen Häfen öffentlich bekannt machen, daß den Kapitänen und Mannschaften der Fischereidampfer Belohnungen für die Vernichtung feindlicher Unterseeboote versprochen werden. Eine Belohnung von 1000 Pfund Sterling wird dem Kapitän eines Fischereibootes ausgesetzt, der ein feindliches Unterseeboot in den Grund bohrt oder erbeutet, die gleiche Belohnung für einen Schiffer, der Informationen gibt, die zur Vernichtung oder Erbeutung eines feindlichen Kriegsschiffes führen. Beiträge von 500 Pfund Sterling werden ausgesetzt für Nachrichten über Bewegungen feindlicher Schiffe. Das Organ „Shren and Shipping“ setzte bekanntlich eine Belohnung von 500 Pfund Sterling für den ersten britischen Auffahrer aus, der ein deutsches Landboot versenkt; diese Summe ist inzwischen durch Beiträge mehrerer Reeder auf 1160 Pfund Sterling erhöht worden. Ein Reeder namens Cardiff setzte eine Belohnung von 500 Pfund Sterling für das zweite Handelsschiff aus, das ein feindliches Unterseeboot vernichten würde.

### Aus der italienischen Kammer.

Rom, 19. Februar. (W. T. V.) Am Schluß der heutigen Kammerung wurde ein Antrag Marangoni, das Budget der Auswärtigen Angelegenheiten nach dem des Postministeriums zu beraten, infolge Widerpruchs des Ministerpräsidenten Salandra in namentlicher Abstimmung mit 264 gegen 27 Stimmen abgelehnt. Eugenio Chiesa fragte die Regierung, an welchem Tage sie über eine von ihm eingebrachte Resolution beraten lassen wolle; andere Kammermitglieder verlangten von der Regierung Erklärungen über die auswärtige Politik. Salandra erklärte, zugleich im Namen des Ministers des Auswärtigen Sonnino, daß die Regierung an ihren Erklärungen vom Dezember bis jetzt nichts zu ändern hätte, und daß Chiesa, auf seiner Resolution nicht zu bestehen; für den Fall, daß er es dennoch täte, habe er die Kammer, deren Behandlung um sechs Monate zu verschieben. Chiesa erklärte, von Salandras Äußerungen Kenntnis zu nehmen und nicht auf der Anberaumung einer Erörterung über seine Resolution zu bestehen.

### Englisch-französische Anariffe auf die Dardanellen.

Konstantinopel, 19. Februar. (W. T. V.) Des Hauptquartier teilt mit: Heute früh beschossen englische und französische Schiffe die Küstenstadt der Dardanellen. Sie gaben ungefähr vierhundert Schüsse ab, konnten aber keinen Erfolg erzielen. Ein einziger Soldat wurde durch abgeschrenktes Geschoss leicht am Bein verletzt.



Allgemein-Verchiedenes  
Trautwein Cigarettenfabrik.

Manoli-Zigaretten  
**Dandy 3 Pf**  
Jetzt auch mit und  
ohne Mundstück

**BOSNIA**  
CIGARETTEN  
Erwas  
ganz Besonderes

**MAL-KAH**  
Company  
Berlin N. 20 Pankstr. 65.

**Muratti-**  
Cigaretten  
Fordert  
KADDA-Cigaretten

**Kressin**  
Raucht Herbstoli  
Cigaretten

**Franz Abraham**  
Isak Meesins u. Römerstr. 104  
C. 25 Berlinstr. 8a, Fernsp. Kgt. 13708

**Bad**  
Arkens-Bad, Anklamer-Str. 24.  
Bad Alt-Meabit 104 Krank.-Kass.

**Bad**  
Landberger Str. 107  
Goldowstr. 41, Liefer.  
sämtlich. Krankenk.

**Central-Bad**  
Anzengruberstr. 25.  
Koppenstr. 93  
sämtliche Bäder.

**Bad Ostend**  
Bozhag-Str. 17  
Lief. all. Kassen  
Kottbuser-  
Damm 79.

**Silesia**  
Schlesische Str. 31.

**Bäcker- u. Konditoreien**  
Asmus, Willi., Uckerländerstr. 11.  
F. Breitkopf, Lützenerstr. 13a.  
Waldemar Brose, Driesenerstr. 2.  
Hermann Buß, Grünauerstr. 12.  
Fritj. Eichler, Köpenickerstr. 18.  
Emanuel Fliegel, Mirbachstr. 25.  
Br. Friedrich, Eichenbühlstr. 31.  
Rob. Gebler, Wildenbruchstr. 68.  
O. Göpp, Wiesenstr. 31, r. u. grüne Bln.  
A. Großberndt, Wittstockerstr. 7.  
A. Großkinsky, Boxhagenstr. 27.  
Gust. Heintschel, Havelbergerstr. 26

**Oskar Hanke's Brolbäckerei**  
75 Geschäfte  
in allen Stadtteilen Berlins  
sowie in Neukölln u. Treptow  
Geopündet 1892.

Erscheint 2 mal  
wöchentlich.

**Phänomen**  
MONA  
LISA  
Die neue 3-3  
Qualitäts-  
Cigarette

Otto Hoff, Chorinerstr. 13.  
F. Klensow, Schönlagerstr. 14.  
R. Künke, Weidenerstr. 130.

**Bäcker- u. Konditoreien**  
R. Kleiner, Schulstr. 102  
Max Köhl, Triftstr. 9  
Felix Kynast, Dänenstr. 5.  
Carl Lindenberg, Lydenstr. 4.  
G. Münch, Wilhelmstr. 43.  
Carl Neudorff, Sickingenstr. 76  
Gustav Nielson, Lindowstr. 9  
P. Nitschke, Cadinerstr. 4.  
J. Popp, Anhalterstr. 104, Reichend-  
Ost.  
Fr. Pribyl, Osnabrückerstr. 25.  
Osw. Rauht, Gürtelstr. 27  
Gust. Rauteberg, Motzenerstr. 11  
H. Saunus, Altonaerstr. 26.  
Emil Schaller, Schreinerstr. 52.  
Paul Schmoll, Amstordammstr. 9.  
Paul Schön, Koppenhagenstr. 74.  
Adolf Schulz, Florinstr. 78 Pank.  
Turban  
Filialen in allen  
Stadtteilen.

E. Weber, Preussenstr. 95, Reichend-  
Ost.  
Karl Weinholz, Kamerunerstr. 97.  
Emil Wolff, Samariterstr. 8.  
Otto Wolff, Treptow, Kröllstr. 15  
Zachau, Gr.-Lichterf., Hausstr. 55a  
Paul Zastrow, Stromstr. 33.

**Bandagen, Gummiwaren**  
R. Banke, Stralauer Str. 56.  
J. Kabeich, Rosenthalerstr. 25.  
E. Kraus, Kottbuserstr. 55.  
A. E. Lange, Brunnenstr. 166  
H. Neusch, Breitstr. 24, Spandau.  
Nicolaus N. Linienstr. 127.  
M. Spranger, Reichend-Str. 11.  
Beerdigungsanst., Sargmgt.  
J. Liszczynski, Gerthstr. 30.  
H. Petermeier, Stettinerstr. 8.

**Butter, Eier, Käse**  
Concordia-Butterhandl.  
des Ostens  
Bruno Freche  
15 Detail-  
geschäfte

**Gebr. Gause.**  
25 eigene Filialen.

**August Holz**  
15 Detail-  
Geschäfte.  
Hubertus, Butterhdg., Straussberg  
Herm. Kunert, Culmstr. 23

**Gebrüder Manns**  
48 eigene Detailgeschäfte

**Kosmalla, E., 4**  
Detail-  
Geschäfte  
„Nordstern“  
„Mercur“

**Schröter, R.**  
43 Verkaufsstellen 43

**Gebr. Siegart**  
Wiener Str. 65, Butter, Eier, Käse.

**Uhly & Wolfram**  
Blumen und Kränze  
M. Klinkow, Triftstr. 69

### Bezugsquellen-Verzeichnis.

**Bierbrauerei, Bierhdg.**  
**Brauerei Bützow**  
empfehl.  
Qualitätsbiere  
ersten Ranges.

**W. Adlung & A. Hoffmann**  
Akt.-Brau. Potsdam, Elg. Niederl.  
Berlin SW, Tempelhofer Ufer. 15  
Brandenburg, H. Wilhelmsstr. 110  
-Spez. Potd. Stangenbier

**Berliner**  
**Bock-Brauerei**  
empfehl.  
anerkannt vorz. Biere

**Osw. Berliner**  
Ur-Berliner, hell und dunkel  
Hempel, E., Müllerstr. 126a.  
Luisenbrauerei Weidensee.

**Brauerei Königstadt**  
feinste Qualitätsbiere.

**C. Habels Brauerei**  
hell - Habelbräu - dunkel.

**Weissbier - Caramelbier**  
Brauerei E. Willner  
Pankow.

**Löwen-Brauerei**  
vorzügliche Pils- und  
Flaschen-Biere.

**Münchener Brauhaus**  
Berlin und Oranienburg  
**Brauerei Pfefferberg.**  
Trinkt Wanninger Bier!

**Veritas-Brauerei Teufonia, NW 87.**  
**Weissbier, C. Breithaupt,**  
Pallasenstr. 97 Tel. -A. VII. 2334.

**Drogen und Farben**  
Günthersstr., Drog. Bfikerstr. 31  
W. Kleemann, Berg-Dr. Bergr. 37  
Wendler-Drogerie, Britz, Kolowrat 26

**Cigarettenfabriken**  
**JUHL**  
250 GESCHÄFTE

**G. Kaphun**  
Verkaufsstellen  
in allen Stadtteilen.

**Carl Marlienzen**  
Cigaretten-Fabrik  
Filialen in allen Stadtteilen.

**J. Neumann**  
300 Niederlagen.

**Richter & Franke**  
Filialen in all. Stadtteilen

**Paul Reiß** Friedrichstr. 135  
und Filialen.

**Cacao, Schokolad., Confitur.**  
**SAROTTI**  
Kakao und Schokolade  
preiswert  
beliebt in jedem Haushalt.

**Seiffert, E.,** Filial. in Berlin  
und Vororten

**Cyllax, G.,** Filialen Lall  
Stadtteilen.

**Cigarrenhandlungen**  
Fanny Baumert, Lindowstr. 23  
C. Kuhlmann, Turmstr. 47.  
O. Kunze, Reichend-Str. 14

**Eisen, Stahlwaren, Waffen,  
Werkzeuge**  
Herm. Braun, Landsbg. Allee 149.  
Grüner Weg 49  
Otto Belg  
Wrangelstr. 59.

**G. Brucklacher,** Oranien-  
Carl Jung, Stromstr. 21.  
Carl Lehmann, Neuk., Friedelst. 9.  
Röhmann, P. Müllerstr. 40b, E. Seest.

**Fleisch- u. Wurstwaren**  
**W. Beck**  
Inh.: Herm. Gerbach  
Charlottenburg, Berlinerstr. 68-69  
Fleisch- und Wurstwarenfabrik

C. Billerbeck, Charlottenburg, Krume 81/13  
Franz Borsniak, Lützenerstr. 25  
Fr. Brauer, Neukölln, Waltherstr. 55  
Frankfurter Allee 132.  
Willy Dorfmann, Wienerstr. 62.  
Bruno Dörr, Mantuffelstr. 29  
Dresden, Fleisch-Centr., Dresdenerstr. 17.  
Gottardstr. 2  
Eingang vom Flur.

A. Fahl, Nölln., Libberstr. 15  
F. Fenzler, Cöpp., Flömmingstr. 33  
E. Fensch, Altonaerstr. 12.  
Fleischerei, Frankfurter Allee 150  
Willy Gericke, Petersburgerstr. 31  
M. Grunwald, Koppenhagenstr. 88.  
R. Holzbüttel, Putzenerstr. 45.  
Hubrich, Kamlerstr. 23.  
Wilh. Karg, Wrangelstr. 83  
H. Leibnitz, Nölln., Schönend-Str. 16  
August Lincke, Alte Jacobstr. 26.  
Rostockerstr. 43.  
Luebke, Joh., Fleisch u. Wurstfabr.  
Paul Matschke, Thierstr. 17

**G. A. Müller**  
Neu-Isenburg - Frankfurt a. M.  
Spezialität: Frankfurter Würstchen

**A. Möbes Nchf.**  
Fleischwaren u. Wurstfabrik  
Berlin N 24 Oranienburgerstr. 4

K. Neger, Nölln., Friedelstr. 21  
G. Pelt, Androstr. 77b.  
Gustav Pfenning, Golzkowskystr. 13  
Jos. Ritzke, Stralauer Allee 31a  
O. Rohloff, Naunynstr. 8.  
H. Rose, Treptow, 11. Marktallee.  
P. Schmatzberg, Hellerstr. 11  
Otto Schneider, Rostockerstr. 30  
Gustav Stolz, Händelstr. 44.  
E. Thier, Reichend-Str. 38  
F. Wendt, Simon Dachstr. 37.  
P. Wunderlich, Bützowstr. 38.  
Paul Zwarg, Landsberg, Allee 135.

**Haus- u. Küchengeräte**  
G. Gelger, Schleierf., Müllerstr. 7  
Reichend-Str. 6.  
Frz. Kamerowsky

**Essigfabriken**  
**Glagow & Schwabe**  
Gitschner  
Straße 63.

**Timmer-Essig**  
Überall erhältlich

**Fische, Conserven**  
Max Piskun, Adalborstr. 19.  
Otto Bana, Köpenickerstr. 111  
P. Stehr, Fischhdg., Rühroberstr.  
Weideweg 19 Fl. Frankf. Allee 131/52

**Herrn- u. Knabengard.**  
J. Baer  
Fahisch & Co.  
Leske & Sipecki, Schick-Allee 70

**Hüte, Mützen, Pelzwar.**  
Kauf beim Hutmacher!  
Gehr. Böse  
Müllerstraße 15a.

A. Lemnitz, Wilmersf., Berlinerstr. 132.  
Schoer, Herm., Wilmersf. - St. 46.  
Vester, E., Kottbuser-  
Damm 14/19

**Kaffee-Rösterei**  
A. Zuntz sel. Wwe.  
Filialen und Niederlagen  
in allen Stadtteilen  
Nur reelle Qualitäten

Anerkant vorzüglichste Spezialität  
Kaffee, Tee, Kakao  
und Schokolade etc.  
Hamburger Kaffee-Importgeschäft  
Emil Tengelmann

**Kaufhäuser**  
Paul Falkenstein  
Hochst. Str. 1  
Rabattmark.

Kölnen, Koks, Holz, briquets  
H. Gelke, Gussowstr. 1, E. Hölgerstr.

**Kolonialwaren**  
C. Böse, Provinzstr. 109, Reichend-  
Ost  
Fritz Hübner, Schliemannstr. 11  
Franz Köwe, Muskauerstr. 34  
O. Pösch, Schwedenstr. 18.  
Franz Richter, Meißnerstr. 33, 26  
Runge, Otto, Müll. Hermannstr. 55.  
A. Sillinat, Köpenickerstr. 31, 104  
Erich Thiel, Weideweg, Langhausstr. 139.  
Kurz, Wein, Wollw., Trikotage  
Hoppe, E., Schauerstr. 52.  
Hermann Meyer, Schauerstr. 21.

**Mehlhandlungen**  
Bethke, Georg,  
Neukölln, Elberstr. 33, Kaiser-Friedr.  
Str. 64, Wasserstr. 193, Friedelstr. 23.  
Treptow, Grün-Str. 44.

**Prese, Ernst**  
5 Geschäfte  
im SO.

**Gaige, Otto**  
Ernst Hoffmann  
F. Pfingmeyer, Colonnenstr. 48.  
Wrangelstr. 75  
F. W. Sichter, Ecke Cuvrystr.

**Möbelmagazine**  
P. Bock, Klosterstr. 89, Spandau.  
J. Kempel, Stephanstr. 33.

**Molkereien**  
C. Braun, Eldonnerstr. 25  
Wilhelm Freier, Bouchéstr. 80.  
H. Friedrich, Straßburgerstr. 63a

Untenstehende Geschäfte  
empfehlen sich b. Einkauf.

F. Galle, Metzgerstr. 23.  
Rud. Klein, Mirbachstr. 66.  
F. Lox, Belfortstr. 2.  
A. Siebert, Weidewegstr. 52.

**„Schweizerhof“**  
Meierei und Milchkanstalt.  
Emdener Str. 46. u. Tel. II 2545.

**Wodrich, Putzenerstr. 33.**  
**Westlichfabrik**  
Gitschner  
Straße 63.

**Tamborini Westlich Überall!**  
**Nähmaschinen**  
Bellmann, E., Gollnowstr. 35  
Wassermasch.

Littauer Nähmaschinen, Spandau  
5 Jahre Garantie, Teilzahlung  
Nähm.-Spz.-Gosch., Potsdamerstr. 10.

**Singer**  
Nähmaschinen  
Läden in allen Stadtteilen.

**Obst, Gemüse**  
Frl. Wolff, Naugardstr. 45.

**Optiker, Mechaniker**  
Groß, Paul, Warschauerstr. 66.  
Schubert, Carl, Müll. Bergstr. 14  
W. Zapletal, Frankfurter Allee 154

**Photogr. Apparate**  
M. Albrecht  
auch Gelegenheitsk.  
Photo-Jansen, Hauptstr. 23.  
**Photograph. Ateliers**  
R. Moerz, Badstr. 63.  
Rud. Obigt, N. Reichend-Str. 2

**Planos**  
Kottbuserstr. 2  
Kauf, Miete, Teilzahlg.  
**Rechtschreibern**  
E. Weidlich, Schleierf., Lindenstr. 41.

**Schneidwaren**  
O. Prochnow, Müll. Hermannstr. 49

**Schuhw., Schuhmach.**  
K. Luck, Charl., Tempelhoferstr. 49.  
Petersohn, Ostk., Müllerstr. 185.

**Seifen**  
**Schneewittchen**  
Schneeseifenpulver  
Allerlei Fabrik-Größen, Potsdam

**Uhren u. Goldwaren**  
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 42

**Verlängerungen**  
„Deutschland“ Berlin  
Arbeiterversicherung - Schutz-  
Stierbekassenversicherung. Straße 3

**Wirtschaften, Etablissemts**  
**Hackepeter**  
Hauptstr. 139.

**Die erste selbstspiel. Doppelgeige**  
**Patzenhofer**  
J. Guggenberger, Haselauerstr. 54

**Kiebock-Ausschank**  
Alexanderstr. 55 - Täglic. Konzert  
F. Pfingmeyer, Colonnenstr. 48.  
Wrangelstr. 75  
F. W. Sichter, Ecke Cuvrystr.

**Original-Schnittheiß-Ausschank**  
Alexandergl., Rich. Schönlies

**Schnittheiß - Ausschank**  
Am Eingang Bahnhof Janowstr. 10.  
**Zahnateller**  
W. Best, Skalitzerstr. 62 E. Wrangelstr.  
M. Dresler, Grünstr. 70/1, Treptow.

**Meierei**  
**C. Bolle**  
A.-G.  
Berlin N.W. 21 Alt Moabit  
Altster und grösster  
Milchwirtschaftlicher  
Grossbetrieb

**Weine, Liköre, Fruchtsäfte**  
**E. Ballin & Co.**  
Cognak-Brennerei  
Dampf-Likörfabrik  
Nur Qualitätsliköre.

**Hugo Beling**  
60 Filialen in allen Stadtteilen.

**P. Kirchner & Co.**  
Cognak, Likörfabrik  
Kirchners Araber,  
Groß. Zur Sonne, P. Freudenstr.

Otto Albert Schulz, Frankfurter  
Allee 155  
Groß-Destillation, Ausschank.

**Herm. Meyer & Co., Act-  
Ges.**  
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.

**Oswald Nier**  
20 Filialen und Weinstuben

**Ignatz Sello**  
Brunnenstr. 16  
und Filialen  
Kl. Verh. 3. Esgr. Pr.

**Underberg-**  
Boonekamp  
Anerkannt bester Bitterlikör

**Sprit- und Likörfabrik**  
Ringfrei  
M. & W. Müller  
Buckowerstr. 78.

**Britz**  
St. Sorowka, Bäckerei, Rudowstr. 54

**Friedrichsdorf**  
Carl Schieder, Brod- und Feinbäckerei  
Carl Tebel, Brod- u. Feinbäckerei

**Königs-Wusterhausen**  
G. Hübscher, Lützenerstr. 10  
Kaufhaus Emil Bergmann

**Mahlsdorf**  
Rud. Grunow, Café, Bahnhofstr. 21  
Frau A. Pagel, Kolonialwaren.

**Marlendorf**  
E. Thiel, Bäck., Gr.-Beeconstr. 128.  
H. Wagner, Köpenick, 11. Fleisch-Wurst.

**Neukölln**  
C. Kampfer, Bergstr. 137, Uhr, Gldw.  
Krause, Kap. Friedr. 31, 78, Schwesisch-  
Fr. Pannsch, Bergstr. 130, Ledow.  
E. Schüller, Reichertpl. Pannsch.

**Nieder-Schönhausen**  
O. Stern, Schleierf., Kap. W. Str. 74  
K. Wilke, Schleierf., Lindenstr. 19.

**Spandau**  
Karl Heinrich, Bäck., Schleierf.  
Schneierf., Driesen, 15. Fleisch-Wurst.

**Tempelhof**  
J. Hoffmann, Bäck., Friedr. W. Str. 17.

**Wollensee**  
P. Jürgen, Köpenick, Berl. Allee 188.  
Thibling's Drogerien Weidensee  
Otto Obst, Fl. E. Warrig, Haslstr. 19

**Wilhelmsruh**  
Wendler Altonaerstr. Kolow. Hauptstr. 19

**Zossen**  
Warenhaus S. Cohen.

**Theater für Sonnabend, 20. Februar:**  
**Berliner Theater**  
3 1/2 Uhr: Peterchens Mondfahrt.  
8 Uhr: „Extrablätter!“

**Deutsches Künstler-Theater**  
7 1/2 Uhr: Peer Gynt.

**Deutsches Opernhaus, Charlottenb.**  
8 Uhr: Die verkaufte Braut.

**Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.**  
8 Uhr: Figaros Hochzeit.  
Sonntag 8 Uhr: Gasparone.

**Gebr. Herrfeld-Theater**  
8 Uhr: Familie Plaschek.  
Helbring contra Helbring.

**Kleines Theater**  
8 Uhr: Der kategorische Imperativ

**Komische Oper**  
8 Uhr: Gold gab ich für Eisen  
3 1/2 Uhr: MIB Lillem.

**Komödienhaus**  
7 Uhr: Bunter Abend.

**Lessing-Theater**  
8 Uhr: Ein Volksfeind.

**Lustspielhaus**  
8 1/2 Uhr: Die Orientreise.  
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Das Leutnantsmündel.

**Metropol-Theater**  
8 Uhr: Woran wir denken!

**Montis Operetten-Theater**  
8 Uhr: Der liebe Papi.

**National-Theater**  
8.10 Uhr: Wenn d. Landsturm kommt

**Residenz-Theater**  
8 Uhr: Die Schöne vom Strand.

**Rose-Theater**  
4 Uhr: Rotkäppchen.  
8 Uhr: Else vom Erlenhof.

**Thalia-Theater**  
8 Uhr: Kam'rad Männe.

**Theater am Nollendorfpl.**  
8 1/2 Uhr: Immer feste druff!  
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der Graf v. Luxemburg.

**Theater des Westens**  
8 Uhr: Rund um die Liebe  
Sonnt. 3 Uhr: Prinz Friedrich v. Homburg

**Theater in der Königgrätzer Straße**  
8 Uhr: Hedda Gabler.

**Trion-Theater**  
8 1/2 Uhr: Das Liebesnest.  
3 1/2 Uhr: Die Waive aus Lowood.

**Volksbühne, Theater am Bülowplatz**  
8 1/2 Uhr: Sönke Eriksen

**Walhalla-Theater**  
8 Uhr: Krümel vor Paris.

**URANIA** Taubenstr. 48/49.  
Im wissenschaftlichen Theater:  
Abends 8 Uhr:  
Dr. Spehmann:  
Der Kanal u. die Ostküste Englands.

Im Hörsaal 8 Uhr:  
Prof. Dr. B. Donath:  
Nachrichtenübermittlung  
durch Wellen u. Strahlen.

**WINTERGARTEN**

**Johanna Terwin**  
vom Deutschen Theater, Berlin,  
**Jakob Tiedtke**  
v. Lessing-Theater, Berlin, in:  
Landwehmann und Pikare  
Zeitbild von Otto Reutter.  
**Serene Nord**  
mit ihren Wassernymphen,  
**Rosa Felsegg**  
mit ihrem Aeroplan,  
**Else Berna**  
Operettensängerin  
sowie der hervorragende  
**Februar-Spielplan.**  
Kleine Preise.

**Zirkus Albert Schumann**  
Sonnabend, 20. Febr., Anf. 7 1/2 Uhr:  
**Gr. Gala-Vorstellung**  
Arthur Saxon-Trio  
die stärksten Männer der Welt mit  
ihrer lebendigen Automobillücke.  
Neu! 4 Claeres, 2 Damen u.  
2 Herren 1. ihr. groß. Leistung.  
Weiss 5 dressierte Bären u. die  
übrig. neuesten Spezialitäten.  
Um 9 1/2 Uhr: Um 9 1/2 Uhr:  
**Ost und West.**  
Sonntag, den 21. Februar:  
**2 Große Vorstellungen 2**  
nachm. 3 1/2 u. abds. 7 1/2 Uhr.  
Nachm. hat jed. Erwachs. ein  
Kind unt. 12 Jahr. frei, jed. weit.  
Kind unt. 12 Jahren die Hälfte.  
In beid. Vorstell. Ost und West.

**Casino-Theater.**  
Volfringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.  
Kur noch bis Donnerstag  
den 25. b. M.

**Durch dick und dünn.**  
Freitag, 26. Februar: Eröffnung  
des neuen Lustspieltheaters:  
**Der Herr Kommerzienrat.**  
Sonnt. 4 Uhr: Durch Klippen u. Wellen

**Gewerkschaftshaus.**  
Größtes und vornehmstes Etablissement von Berlin.

**In sämtlichen Sälen: Konzert.**  
Im Doppeltrakt von 4 Uhr ab:

**Kaffee- u. Promenadenkonzert**  
Freitag und Sonnabend  
zwischen 6 und 8 Uhr findet ein großer,  
billiger Schnellverkauf von Fleisch und  
Käsewaren statt. Ein großer Posten  
geruchreicher Speck und geräucherter  
Schinken ohne Bein, Schinken, Speck,  
Schlachtschmalz und Teewurst zu 1,20 M.  
das Pfund. Rote Schinken ohne Bein,  
Schmalz ohne Knochen und  
Schweinehälften 1 M. das Pfund. Ein  
Posten Hammelkeulen, das vornehmste  
was es gibt (Schauenssternware), das  
Pfund 90 Pf. in ganzen Keulen.

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger.**  
Zum Schluss:  
**Weihnachtsabend**  
im Schützengraben  
Anfang 8 Uhr.  
Militärpersonen  
und deren An-  
gehörigen voll-  
kommen freier  
Zutritt zu den  
Stett. Sängern.

**Theater-Folies-Caprice**  
6 1/2 Possen-Theater 8 1/2

**Sprechstunde.**  
Ein angenehmer Herr.

**Martin Kettner a. G.**  
**Palast-Theater**  
am Zoo  
Täglich 8 Uhr:  
Muttchen hat's Wort!  
Sonntag, 21. Febr. 3 1/2 Uhr:  
Flachmann als Erzähler.  
Kleine Preise.

**Vo**



# Die Sozialdemokratie Frankreichs und der Krieg.

II.

Der 4. August ist für die französischen Sozialisten ein Tag von gleich großer historischer Bedeutung wie für die Deutschen: Am Sonntag des Reichstages von Jaurès, am Nachmittag die Kriegserklärung der Kammer.

Am Nachmittag des 3. August hatte der deutsche Gesandte die Kriegserklärung an Frankreich übergeben. Unmittelbar im Zusammenhang mit der Mitteilung dieses endgültigen Beschlusses schreibt die „Humanité“ vom 4. August: „Die von der Regierung geforderten Kredite werden einstimmig bewilligt werden.“ Den Eindruck der Sitzung, in der diese Bewilligung ohne jede Diskussion gefolgt, schildert die „Humanité“ in folgenden Worten:

„Welch eine Sitzung! Die alten Journalisten, die den 15. Juli 1870 miterlebt haben, die Parlamentsklugheit, wo der Krieg erklärt wurde, sagen, daß kein Vergleich zwischen damals und heute möglich sei.“

Der Grund ist höchst einfach: 1870 war es das Kaiserreich, das für sein dynastisches Interesse in den Krieg zog; heute ist es die Nation, die sich verteidigt. Daraus entspringt jene Einigkeit, jene würdige und mannhafte Energie, die an die großen Szenen von 1792 erinnert.

Keiner, der der gestrigen Sitzung beigewohnt hat, weder Abgeordnete noch Journalisten und Zuhörer werden sie jemals vergessen. Sie werden ihr ganzes Leben die Erinnerung an diese einschneidende Erhebung bewahren: Die einstimmige Huldigung für Jaurès, die planende Begegnung für den großen Willkürer, der in demselben Saal so viele Kämpfe erlebt hat; die Verlesung der Botschaft des Präsidenten; die Rede des Herrn Viviani, der die Tatsachen rekapituliert, die Verantwortlichkeiten feststellt und das Urteil der Welt anruft; endlich das Ende der Sitzung, die Schlussworte des Ministerpräsidenten und des Präsidenten der Kammer, die ihrem Vertrauen auf den Sieg des Rechtes Ausdruck geben.

Keinmal hat es eine herrlicheren Kundgebung der nationalen Einheit in einem bedrohten Lande gegeben.

Es ist die republikanische Regierungsform — gestützt durch den Sozialismus — der Frankreich dies verdankt.“

In der Transkription der Rede Jaurès, mit der die Sitzung begann und deren Klartext die Kammer einstimmig beschloß, sprach der Ministerpräsident Dechanel, als er der Rede gedachte, die der Gegner wie die Freunde des Jaurès erfüllte, folgende Worte: „Aber, was sage ich? Gibt es denn noch Gegner? Nein! Es gibt nur mehr Franzosen!“

Die Klassenkollaboration wurde am 4. August in Frankreich in denselben Formen verkündet wie in Deutschland.

Vom Gesichtspunkt der Landesverteidigung und nur von diesem erfolgte auch der Eintritt von Jules Guesde und Marcel Sembat in das Ministerium. Lieber die Motive dieses Schrittes, der in der Zeit erfolgte, als die deutsche Offensive stark Fortschritte machte und Paris immer näher bedroht wurde, gibt das Manifest der sozialistischen Partei Rechenschaft, das die „Humanité“ am 28. August veröffentlichte und das in „Vorwärts“ vom 5. September auszugsweise wiedergegeben ist:

Genossen! Auf Grund einer ordnungsgemäßen Beratung, auf Grund eines reichlich erzielten Beschlusses hat die sozialistische Partei zwei ihrer Mitstreiter, unsere Freunde Jules Guesde und Marcel Sembat, ermächtigt, in das neue Ministerium einzutreten und hat sie dadurch zu ihren Delegierten in der Regierung der Landesverteidigung (defense nationale) gemacht. Alle Vertreter der sozialistischen Fraktion im Parlament, des permanenten Verwaltungsausschusses der Partei, des Verwaltungsausschusses der „Humanité“ waren einig, die großen Verantwortlichkeiten, die sich jene Genossen bereit erklärten zu übernehmen, mit ihnen zu teilen.

Wenn es sich nur um die Umbildung eines Ministeriums gehandelt hätte, nur darum, der alten Regierung einige neue Kräfte anzuschließen, einige neue unbedrohten Kräfte, an denen unsere Partei so reich ist, kurz, wenn es sich nur um die gewöhnliche Teilnahme an einer Bourgeoisregierung gehandelt hätte, wäre weder die Zustimmung unserer Freunde noch die unsere zu erhalten gewesen.

Aber es handelte sich heute um die Zukunft der Nation, um das Leben Frankreichs und da hat die Partei nicht gezögert.

Die Wahrheit, die man voraussehen hat, die wir angekündigt haben, ist offenbar geworden. Unsere Armeen haben sich, ohne zögern, ohne in ihrem inneren Gehirne gelodert zu sein, für den Augenblick vor überlegenen Streitkräften zurückgezogen. Eines der reichsten und arbeitsamsten Gebiete unseres Landes ist bedroht.

Die nationale Einheit, deren Wiederherstellung die Frage am Beginn des Krieges war, muß ihre ganze Kraft manifestieren.

Es ist notwendig, daß mit jenem heldenmütigen Feuer, das in ähnlichen Stunden immer wieder in unserer Geschichte aufblühte, die ganze Nation sich zur Verteidigung ihres Bodens und ihrer Freiheit erhebe.

Der Chef der Regierung erkannte, daß er, um die Nation hinanzuführen, um sie in den Kampf zu führen, der notwendigerweise erdrückt sein wird und erbittert sein muß, der Mithilfe aller bedarf und insbesondere wohl jener, die im Kampf für die Befreiung des Proletariats und der Menschheit, das drückende Joch des Despotismus zu fällen haben. Er wollte wohl, daß in allen schwereren Stunden, 1793 ebenso wie 1870, es diese Männer, diese Sozialisten, diese Revolutionäre waren, in die die Nation ihr Vertrauen setzte.

Spontan, ohne irgendeine andere Manifestation des Volkswillens abzuwarten, ließ er den Ruf an unsere Partei ergehen und unsere Partei antwortete: Hier!

Das ist der Geist, der unsere Freunde beim Eintritt in die Regierung befehlte. Sie haben bei diesem Eintritt auch das klare Bewußtsein, welches ungeheure Werk sie zu vollbringen haben.

Vor allem werden sie durchsetzen, daß dem Land die Wahrheit kund werde.

Sie werden seinen Mut und seinen Willen zum Siege erhalten und steigern, indem sie ihm das volle Vertrauen zur Aufrichtigkeit der Regierung verhängen.

Sie werden das Aufgebot des Volksganges (la levée en masse) vollenden. Sie werden es so durchführen, daß keine Kraft, kein guter Wille umgünstigt bleibe.

Sie werden die Vorräte an Ausrüstungsgegenständen, an Proviant und Waffen, die sich in unseren Lagern befinden, überprüfen. Sie werden sich bemühen, sie zu verneuern.

Sie werden die Erzeugung von Munition und Waffen durch die Heranziehung aller verfügbaren Kräfte von Tag zu Tag steigern. Es bedarf eines vorurteilslosen Willens, der sich einzig durch das Wohl des Landes leiten läßt, es bedarf eines gewissenhaften Aufwandes von Organisation, um die Verwertung der Kräfte der Nation zum Maximum zu steigern.

Schließlich und vor allem, Genossen, wird die Verantwortung unserer Freunde in der Regierung für alle die Garantien sein, daß die republikanische Demokratie zum Kampf bis zum äußersten bereit ist.

Die oft hat unser großer Genosse die Notwendigkeit dieses Kampfes betont, auch unter der Voraussetzung, daß unter der Ägide großer Kräfte anfänglich ein Zurückweichen der Franzosen hätte. Er wünschte, daß dieser Kampf in allen Einzelheiten vorbereitet werde. Aber nun haben wir die Pflicht, unter allen Umständen diesen harinächtigen Widerstand zu organisieren und haben sie um so mehr, als von ihm der gemeinsame Erfolg der Verbündeten abhängt. In diesem Widerstand fordern unsere Freunde die Nation auf.

Heute ebenso wie früher, nach den ersten Prüfungen ebenso wie in der Begeisterung der Mobilisierung, haben wir die Gewißheit,

nicht nur für die Existenz des Vaterlandes und die Größe Frankreichs zu kämpfen, sondern für die Freiheit, für die Republik, für die Zivilisation.

Wir kämpfen dafür, daß die Welt von der erstickenden Bedrückung des Imperialismus und der Barbarei des Krieges befreit werde und endlich den Frieden in der Achtung vor den Rechten aller genieße.

Diese Ueberzeugung werden die sozialistischen Minister auf die gesamte Regierung übertragen. Sie werden damit deren Arbeit beleben. Sie werden diese Ueberzeugung auf die heldenhafte Armee, in der heute die Blüte der Nation kämpft, übertragen. Durch ihre ausdauernde Arbeit, durch ihre konstante Begeisterung werden sie sicherstellen das Wohl des Vaterlandes wie den Fortschritt der Menschheit sichern.

Die sozialistische Fraktion im Parlament.  
Die permanente Verwaltungskommission der Partei.  
Der Verwaltungsrat der „Humanité“.

Bei dem Patriotismus, der auf die Notwendigkeit der Landesverteidigung begrenzt ist, hatte es aber, als der Krieg wirklich ausbrach, keineswegs sein Bewenden. So stark der Antrieb der Verteidigung des Landes sein mag, die Kriegsführung bedarf härterer Stimmungen. Einen tiefen Einblick in die Psychologie des Kriegsbegins gibt uns Jaurès in dem Einleitungsartikel seiner „Neuen Armee“, wo er sich mit einem der bedeutendsten Militärtheoretiker Frankreichs, dem General Langlois, auseinandergesetzt. Jaurès sagt:

„Denn wie unentbehrlich und heilig auch für General Langlois das Vaterland sein mag, die bloße oder wenn man mir den Ausdruck gestatten will, die ungeklärte Vaterlandsbegeisterung reicht ja noch seiner Meinung nicht hin, die Seelen zu entzünden und ihnen für den Kampf die Gewalt eines reichenden Sturzboches zu verleihen. Damit die Menschen ihre ganze Kraft hingeben, damit sie durch einen übermächtigen Aufschwung die Macht des Gegners brechen, genügt nicht ihre Zueignung zu einer historischen Einheit, genügt es nicht, daß sie sich auf eine, wenn auch glänzende Bergangeinheit stützen. Die Beispiele des Generals Langlois selbst lehren uns, daß es einer übergroßen Erregung bedarf, um alle ihre schlummernden Energien zu wecken. Während sie ihr Vaterland, das Vaterland der Tradition, verteidigen, müssen sie sich bewußt sein, einem weitumfassenden Plan zu dienen, einer großen Zukunft voll Macht oder voll Gerechtigkeit vorzuarbeiten. Ein Kampf, sei es von Ruhm oder Herrschaft, von Freiheit oder Fanatismus muß sie aus der gewohnten Alltäglichkeit herausreißen und das gewohnte Gleichgewicht der Kräfte zu ihren Gunsten verschieben.“

Das Vaterland, wie es und die Geschichte überliefert hat, ist also der Rahmen und die Unterlage, aber es ist noch nicht allein die zum Siege benötigte Kraft. Es ist der Wille zum Heldentum, der Holzschlag zum Opferfeuer, aber es ist nicht die Flamme.

Jaurès hoffte, daß der Sieg des Sozialismus, der Sieg der Arbeit über das Eigentum und der Sieg der Friedenspolitik über alle Angriffsideen Frankreich jene große Idee, die im Kriege nötig ist, geben werde.

Der Sieg des Sozialismus war nicht da, das Proletariat war nicht die herrschende Klasse, aber die Kriegspolitik bedurfte der Stimulanten und so sehen wir, wie bei den Sozialisten der nächsten Gedankens der Notwendigkeit der Landesverteidigung immer mehr in den Hintergrund tritt gegenüber der Illusion, daß mit der Sache des Krieges auch die Sache der Demokratie und des Sozialismus gefördert werde. Schon in der Versammlung vom 2. August verließ Baillant, daß die Sozialisten gegenüber dem Angriff von außen ihre Pflicht erfüllen werden für das Vaterland, für die Republik und für die Revolution. Die revolutionäre Tradition wurde wieder lebendig gemacht und, da sie als Idee nicht möglich war, als Schlagwort in den Dienst des Krieges gestellt.

Aber so stark auch die Unklarheit in den Köpfen einzelner Arbeiter schon zu Beginn des Krieges gewesen sein mag, so blieben doch die Worte von Baillant in jener Versammlung noch aktuell, während die große Mehrzahl der führenden Sozialisten und vor allem das Zentralorgan der Partei, die „Humanité“, im ersten Monat den Krieg doch vor allem als einen Verteidigungskrieg der Unabhängigkeit Frankreichs aufzufassen. Eine Wendung trat erst Anfang September ein, als die Regierung nach Vorwahn verlangt wurde und gleichzeitig ein Teil der Parteileitung und der Redaktion der „Humanité“ dahin überlebte. Baillant übernahm die Leitung des Zentralorgans der Partei und je mehr er, der Schüler Blanqui, in den Vordergrund trat, um so mehr verstärkte sich die Illusionen, daß Frankreich im Kriege für die Demokratie Europas stehe.

Dieser Eroberungskrieg für die Demokratie, wie er von Baillant immer wieder in der „Humanité“ gepredigt wurde, scheint uns besonders auffallend zu sein. Die Franzosen führen nämlich nach Baillant diesen Krieg gegen das „imperialistische Deutschland“, wobei das Wort „Imperialismus“ nicht in seiner ökonomischen Bedeutung verstanden wird, sondern in politischer als Neuzugewinnung des Regierungssystems in Deutschland. Die Franzosen wollen die Welt und insbesondere die deutsche Arbeiterklasse von dem Fort der Reaktion, dem preussischen Militarismus, dem preussischen Junkertum und dem preussischen Unterdrückungssystem befreien. Der Sieg Frankreichs, das ist der Sieg der Demokratie über die Reaktion. Dagegen redet Baillant recht wenig von Russland und anerkennt in keiner Weise die Berechtigung des Eroberungsziels der Demokratie gegen den Jaurèsismus, wie ihn die deutsche Sozialdemokratie gepredigt hatte.

Durch Wochen schrieb Baillant beinahe täglich einen Artikel, der immer wieder in ähnlichen Betrachtungen auslief wie der folgende vom 8. Oktober:

Keinmal gab es ein herrlicheres, freisicheres Opfer, als das der Heiden an unserer Front. Aber niemals noch konnte der Erfolg größer sein. Denn wenn durch sie das Vaterland gerettet wird, dann bedeutet das gleichzeitig die Freiheit der Völker, der Völker, die vom Imperialismus befreit sind, die Freiheit, die auf der unerschütterlichen Grundlage einer selbstherrlichen Demokratie gegründet ist.

Wir erleben wieder die Zeit der Revolutionen, aber unter ungleichlich besseren Bedingungen, denn alle Franzosen, Bürger und Soldaten, eng vereint, wissen, daß ihre Sache die edelste ist, für die je Menschen zu den Waffen gezeiten haben, daß sie für die höchsten Interessen der Menschheit kämpfen, die ein grausamer und barbarischer Feind schändet und zu unterjochen sucht.

Der Wille, den deutschen Imperialismus zu besiegen, erfüllt sie mit dem gleichen Mut, befehlte sie mit dem gleichen Geist, der ihren Vorfahren in den Tagen der Revolution eigen war, in Wagnis wie bei der Sturmung der Bastille, denn der Erfolg und das Ziel sind gleich: die Vernichtung der Tyrannei, der Triumph der Freiheit des Volkes.

Und da wir wissen, daß die Landesverteidigung in sich die Notwendigkeit der Gegenwart und die Hoffnungen der Zukunft vereint, da wir sicher sind, daß in ihr auch das Wohl und die Entwicklung der Republik und des Sozialismus liegen . . . sehen wir alle Kräfte ein, um sie siegreich zu machen.

## Die Notwendigkeit der Pressefreiheit.

Der amtliche Bericht der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses ist nicht so ausführlich, daß er mit dem bisherigen Gebrauch, während des Krieges die Erörterung aller wichtigen Fragen in eine nichtöffentliche Kommission zu schieben, irgendwie verfahren könnte. Besonders knapp und der Wichtigkeit der behandelten Frage keineswegs Rechnung tragend war jedoch der amtliche Kommissionsbericht über die Erörterungen zur Pressefreiheit.

„Die neue Times“, Deutsche Ausgabe Seite 4.

Während bei den anderen Verhandlungsthemen wenigstens kurz der Inhalt jeder Diskussionsrede skizziert wurde, hörten wir diesmal nur etwas von einer „Zusammenfassung“ durch den „Berichtersteller“. Ebenso fehlte jede Andeutung darüber, ob und was die Regierungsvertreter auf die Beschwerden geantwortet haben. Gerade die Punkte des Berichts werden jene Wirkung bei den Lesern erzielen, die man augenscheinlich von einer ausführlicheren Wiedergabe der Verhandlungen befüchtet hat.

Die bürgerliche Presse schweigt zu Form und Inhalt des Berichts, was ja — da die in der Kommission vorgebrachten Wünsche der Presse noch nicht erfüllt sind — durchaus begreiflich ist. Nur die „Post“ bringt eine bei dem Resultat der Kommissionsberatung viel zu optimistisch gefärbte Beschreibung. Es heißt darin u. a.:

„Zur Frage der Zensur, der seit her während des Krieges geübten Behandlung der öffentlichen Meinung und insbesondere der Tagespresse scheinen in den letzten beiden Sitzungen der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses, soweit der an anderer Stelle veröffentlichte offiziöse, leider nur allzu large und auffällig schweigsame Bericht darüber erkennen läßt, gewichtige Worte gesprochen worden zu sein. Gewichtige Worte insofern, als sie offenbar durch irgendwelche nicht haltigen Gründe für die dauernde Beschränkung der Pressefreiheit und die bisherige Handhabung der Zensur nicht entkräftet werden konnten und gewichtig nicht minder insofern, als sie den entscheidenden Ausdruck des einmütigen Willens aller Parteien bedeuten . . . Welcher Art die Kritik gewesen ist, zu deren Dolmetsch sich die Ausschussmitglieder gemacht haben, auf welche Einzelvorgänge sie sich erstreckt hat, das ergibt sich aus dem allseitig empfundenen Bedürfnis nach Erlaß eines einheitlichen Reichsgesetzes über die Erklärung des Kriegszustandes und aus der Forderung, die preussische Regierung solle zugunsten derjenigen, die von den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen „betroffen“ worden sind, bei den Militärbehörden vermittelnd eingreifen.“

Die gewichtigen Worte, die von den Vertretern aller Parteien über die von der gesamten deutschen Presse als fast unerträglich empfundene Beschränkung der Pressefreiheit gesprochen worden sind, sollen nach dem Bericht auch die Wirkung erlösender Worte haben. Wie schon gesagt, soll bereits „zurzeit“ eine Besserung, eine Erlösung eintreten; denn die Zensur soll fortan nur noch ihre Grenzen haben an der unbedingten Notwendigkeit auf die militärischen Notwendigkeiten und auf die Wahrung des Burgfriedens. Aber die Erlösung soll weiter gehen: Die öffentliche Erörterung der Friedensbedingungen — und das ist die Hauptsache — soll so rechtzeitig freigegeben werden, daß die öffentliche Meinung bei den Friedensverhandlungen voll zur Geltung gebracht werden kann, und zwar dergestalt, daß alle Richtungen gleichmäßig das Recht zur Meinungsäußerung haben sollen.

Den preussischen Volksvertretern gebührt Dank, daß sie sich die Forderung der Erlösung der Presse und der öffentlichen Meinung von der ihr bislang gezogenen Eindämmung sowie des Schutzes gegen Eingriffe in die persönliche Ueberzeugungsfreiheit zu eigen gemacht, sie durchgesetzt und sich so das Verdienst erworben haben, das von ihnen unser Artikel „Eine nationale Aufgabe des preussischen Landtages“ erwartet hatte.“

Ob wirklich alle Wünsche aller Parteien erfüllt werden, kann erst die Wirklichkeit in der Zukunft lehren. Dagegen stimmen wir weiteren Ausführungen der „Post“ zu, daß eine Erörterung des Kriegszustandes nie und nimmer unsere Gegner stärken kann. Im Gegenteil, die Möglichkeit freier Diskussion wird gerade als ein Zeichen moralischer Stärke auch im gegnerischen Ausland gewürdigt werden.

## Politische Uebersicht.

### Genossin Rosa Luxemburg verhaftet.

Der Urlaub der Genossin Luxemburg, der ihr für den Strafantritt bis Ende März eingeräumt worden war, ist durch ihre gestrige Verhaftung abgekurzt worden. Wie die „Deutsche Tageszeitung“ berichtet, ist der Grund für diese unwillkürliche Maßregel darin zu suchen, daß die Genossin Luxemburg Versammlungen abgehalten haben soll.

### Widerspenstige Bäckermeister.

In Köln ist innerhalb weniger Tage gegen 450 Bäckermeister Strafantrag gestellt worden, weil sie die Bundesratsverordnungen hinsichtlich des Verkaufs von Weißbrot und der vorgeschriebenen Mischungen übertreten haben. Die Innung ermahnt ihre Mitglieder, die zu einem großen Teile verhaftet hätten, dringend, Verzicht anzunehmen, da sonst die Stadtverwaltung viel weiter gehende Maßnahmen treffen werde. Zur besseren Kontrolle rät die Innung den keinen Bäckermeistern und den Frauen der zum Kriegsdienst eingezogenen, das Wasser überhaupt einzustellen und das Brot von den größeren Betrieben zu kaufen. Jeder dieser Bäcker möge das auf ihn entfallende Quantum Mehl der betreffenden größeren Bäckerei zur Verfügung stellen.

### Was in der Kriegszeit abgelehnt wird.

In Königsberg stellte in der Stadtverordnetenversammlung die sozialdemokratische Fraktion den Antrag, der Magistrat zu erlauben, zur Förderung der Volksernährung sobald als möglich vom städtischen Terrain Ackerland zum Gemüse- und Kartoffelbau zu mäßigen Preisen an die unterbemittelte Bevölkerung abzugeben. Obwohl eine Reihe Großhändler das durchführten, was die sozialdemokratische Fraktion in Königsberg forderte, lehnte die Königsberger Stadtverordnetenversammlung den Antrag ab. Der Magistrat will wohl Land zur Pflanzung und Bewässerung abgeben, doch er will das Land nicht vorbereiten und nicht den Pächtern bei Beschaffung von Dünger und Sämereien Hilfe leisten. Erst wenn die Stadt den Keuten nach dieser Richtung Unterstützung gewährt, ist aber ein größerer Erfolg auf diesem Gebiete der Nahrungsmittelbeschaffung zu erzielen.

Dagegen wurde von der Mehrheit ein Antrag angenommen, den Magistrat zu erlauben, in Erwägung zu ziehen, inwiefern den Hausbesitzern, die durch Nichtzahlung der Mieten selbst in Verlegenheit gekommen sind, geholfen werden kann. Dieser Antrag fand Annahme, obwohl der Magistrat bereits seit Monaten eine weitgehende Fürsorge für die Hauswirte entfaltet. Die Kriegswirtschaftslehre ist von ihm angewiesen worden, die Frauen der Kriegsteilnehmer zu zwingen, einen erheblichen Teil der kommunalen Unterstützung an den Hauswirt abzuführen. Diejenige Frau, die sich weigert, Miete zu zahlen, erhält entweder gar keine kommunale Unterstützung oder der Wirt erhält direkt die Unterstützung der Frau



als viele. Bisher sind 800 000 M. für Unterstützungszwecke bewilligt, und der größte Teil dieser Summe ist den Hausbesitzern zugute gekommen. Trotzdem soll der Magistrat erwägen, wie den Grundbesitzern noch mehr geholfen werden kann.

### Kinder als landwirtschaftliche Arbeiter.

Nicht nur in Bayern, sondern auch in den östlichen Provinzen Preußens sollen in diesem Jahre Schulkinder in weitestem Maße zu den landwirtschaftlichen Arbeiten herangezogen werden. Wie agrarische Zeitungen in Ostpreußen zu melden wissen, haben einzelne Schulverwaltungen schon jetzt die Ortschulinspektoren und die Direktoren der Volksschulen ermächtigt, von der Frühjahrsbestellung an bis zur Beendigung des Krieges, zunächst bis zum 1. November, Knaben der letzten vier, und Mädchen der letzten drei Jahrgänge auf Antrag ihrer Eltern oder deren Stellvertreter zu beurlauben. Der Urlaub wird erteilt für die Zeit, in die dringende landwirtschaftliche Arbeiten, wie Feldbestellung, Distelstechen, Feuernte, Rübenverziehen, Getreideernte, Kartoffelernte u. dergl. fallen. Die Beurlaubung soll für einen bestimmten Zeitraum erteilt werden, kann aber nötigenfalls darüber hinaus verlängert werden. Bei der Beurlaubung soll überhaupt der tatsächliche Bedarf an Arbeitskräften in möglichst weitgehender Weise berücksichtigt werden. In zweifelhaften Fällen soll mit tunlichster Verschleimung die Entscheidung der nächst-vorgesetzten Schulaufsichtsbehörde eingeholt werden.

### Jugendwehr-Zwang.

Der Magistrat von Baidrode (Lüneburger Heide) erläßt folgende Bekanntmachung:

Die hiesigen jungen Männer im Alter von 17 bis zu 20 Jahren, die bisher ohne genügenden Grund sich nicht zur Jugendwehr gemeldet haben, werden aufgefordert, dies sofort beim Leiter der Jugendwehr zu tun. Falls dies nicht geschieht, werden wir die Säumnis dem königlichen Landratsamt anzeigen, wobei sie zu gewärtigen haben, daß sie sofort als ungebildeter Landsturm zu Arbeitszwecken eingezogen werden.

Magistrat Baidrode.

Seinerzeit wurde von der Regierung ausdrücklich versichert, daß ein Zwang zum Eintritt in die militärische Jugendwehr nicht ausgedrückt werden soll. Der Magistrat von Baidrode ist nun aber nicht die erste Behörde, die mit mehr oder weniger „sanftem Druck“ auf die Jugendlichen einzuwirken versucht, sie dieser militärischen Jugendwehr anzuschließen.

### Bedenkliche Vorschläge.

In der „Alln. Volksztg.“ (Nr. 131) werden allerlei Vorschläge gemacht, wie die „außerordentlichen Anforderungen, die augenblicklich und erst recht nach Beendigung des jetzt tobenden mörderischen Krieges an die Kassen des Vaterlandes gestellt werden“, gedeckt werden können. In einem der Artikel wird zu diesem Zweck ein Zwang zur Frankierung der Feldpostbriefe gefordert und zwar sowohl für die Briefe der Angehörigen wie die der Feldsoldaten. Der Verfasser meint, daß die Soldaten in den Schützengräben, die sich außerordentlich opferwillig zeigten, gern dieses kleine Opfer zum Besten ihrer verstümmelten Kameraden und deren Hinterbliebenen auf sich nehmen würden. Ein anderer Vorschlag will zum Westen der Kriegsinvaliden überhaupt alle Militärpostfach der Privaten in Krieg und in Frieden frankiert wissen: „Weg mit dem alten „Soldatenbrief, Eigene Angelegenheit des Empfängers“. Die harten, lächerlichen Forderungen unseres Zeitalters erdrücken jenen alten guten Geist, der uns aus der Vorschrift über die Postbeförderung an Militärpersonen vom Feldweibel abwärts entgegenweht.“ — In einem dritten Vorschlag wird eine ständige Lotterie zum Besten der Kriegsinvaliden angeregt. Selbstverständlich sind diese kleinlichen Vorschläge der Größe des Problems und der Höhe der Verpflichtungen, die das Land gegen seine Verteidiger hat, nicht würdig.

### Landtagsergebniswahl in Meiningen.

Bei der Landtagsergebniswahl im Wahlkreis Eisfeld (Sachsen-Meiningen) wurde unser Kandidat Gewerkschaftsbeamter Reddigan-Salzungen, der zurzeit im Felde steht, ohne Gegenkandidat gewählt. Die Wahlbeteiligung war gering.

### Eine unrichtige Meldung.

Verschiedene Blätter geben ein Senfer Telegramm wieder, wonach zwei französische Sozialisten, die früheren Deputierten Chauvin und Allemane im Parlament gegen den Beschluß der Londoner Sozialistenkonferenz protestierten, daß nach dem Krieg die Arbeiter der verschiedenen Industrieländer — auch die Deutschlands und Oesterreich-Ungarns — sich wieder in der Internationale vereinigen dürfen.

Wir möchten dazu bemerken, daß die Herren Chauvin und Allemane schon längere Zeit vor dem Kriege sich von der französischen Sozialdemokratie getrennt hatten.

## Gewerkschaftliches.

### Der Arbeitermord von Roosevelt.

New York, 23. Januar 1915. (Fig. Ver.)

In der Stadtgemeinde Roosevelt (Middlesex County, Staat New Jersey) legten die Arbeiter der von der American Agricultural Chemical Society betriebenen chemischen Fabriken Williams u. Clark und Liebig u. Co. die Arbeit nieder, um eine Erhöhung ihres Hungerlohnes von 1 Dollar und 80 Cents auf 2 Dollar pro Tag durchzusetzen.

Am letzten Dienstag wurden einige Hundert Ausständige von Privatpolizisten der American Agricultural Chemical Society überfallen. Zwei Arbeiter wurden erschossen, 21 andere durch Kugeln verwundet, der Rest rettete sich durch eilige Flucht. Von den Privatpolizisten wurde kein einziger irgendwie verletzt; der schlaffigste Beweis dafür, daß die Streikenden unbewaffnet waren und keine Gewalttätigkeit beabsichtigten. 32 Privatpolizisten befinden sich wegen Mordes in Haft, esf weitere, die wegen verbotenen Waffentragens festgenommen worden waren, wurden inzwischen gegen je 2000 Dollar Bürgschaft auf freien Fuß gesetzt.

Nach der Darstellung der nichts weniger als für die Sache der Arbeiter voreingenommenen Behörden war das Verhalten der Ausständigen seit Beginn des Lohnkampfes tadellos. Trotzdem übertrug die American Agricultural Chemical Society den „Schutz“ ihrer gar nicht bedrohten Fabriken nach beschützigen Mustern der Privatdetektivagentur von Jerry O'Brien in Newark. O'Brien warb in Newark und New York ein halbes Hundert „Gummen“ (Verbrecher, die gleich mit dem Schießesigen bereit sind und gegen Bezahlung die Ausführung selbst von Morden übernehmen). Diese Banditen wurden von J. Doughton, dem Sheriff von Middlesex County, ohne jegliche Prüfung ihrer Personalien als Special Deputy Sheriffs vereidigt und damit zu geschicklich anerkannten Sicherheitsbeamten gestempelt. Ihr

Tatenbrang blieb infolge der musterhaften Haltung der Streikenden zunächst unbefriedigt.

Damit er sich anstobten und zugleich die streikenden Arbeiter klein kriegen könnte, verbreiteten Beamte der American Agricultural Chemical Society am letzten Montag, am folgenden Vormittag werde ein Krupp Streikbrecher mit der Bahn eintreffen. Was nun weiter geschah, sei mit den eidlischen Aussagen einiger städtischen Beamten wiedergegeben, deren Depositionen von einer langen Reihe gleichfalls in der Voruntersuchung vernommener Personen bestätigt werden. So bezeugte der Polizist Dowling:

„Ich hatte am Dienstagvormittag an der Eisenbahnstation Williams u. Clark Dienst, als der um acht Uhr fällige Zug einfuhr. Auf dem Bahnsteig und in der Nähe des Stationsgebäudes hatten sich einige Hundert Streiker eingefunden, die sich ruhig verhielten. Einige von ihnen erzählten mir vor der Einfahrt des Zuges, sie wollten den kommenden Streikbrechern zureden, entweder heimzukehren oder sich dem Ausstand anzuschließen. Da die Arbeiter sich keine Ungehörigkeit zuschulden kommen ließen, konnte ich auch nicht gegen sie einschreiten. Einige Ausständige bestiegen den Zug, sobald dieser einfuhr, gingen durch die verschiedenen Waggons, stiegen wieder aus und sprachen mit ihnen auf dem Bahnsteig zurückgebliebenen Kollegen. Dabei ging es ruhig und ordentlich zu.“

Gerade setzte sich der Zug wieder in Bewegung, als plötzlich einige Dutzend Privatpolizisten aus dem Lore der nahen Fabrik Williams u. Clark herporfuhren und ohne jede Veranlassung auf die unbewaffneten und darum wehrlosen Ausständigen feuerten, die sich, verfolgt von den Privatpolizisten, zur Flucht wendeten. Auf ein Pfeifensignal stellten die Privatpolizisten ihr Feuer ein und lehrten, ohne sich um ihre verwundeten Opfer zu kümmern, nach der Fabrik zurück.“

Anschaulicher ist die Schilderung, welche J. Crane, der Straßenreinigungskommissär von Roosevelt, mit folgenden Worten gab:

„Ich war etwa 200 Yards (180 Meter) von dem Zuge entfernt, als die Schießerei losging. Bisher hatten einige Streiker den Zug, der gerade eingefahren war, bestiegen; sie kamen wenige Minuten später auf den Bahnsteig zurück. Die Leute verhielten sich ordentlich. Als die Ausständigen den Zug verließen, kamen ungefähr 40 Privatpolizisten aus der Fabrik Williams u. Clark herbeigeilt und eröffneten ohne weiteres Feuer. Anfangs glaubte ich, daß Blind geschossen werde; aber gleich darauf sah ich auf allen Seiten Menschen fallen.“

Niemals zuvor war ich Augenzeuge eines gleich barbarischen Vorgangs: die Privatpolizisten handelten wie Wilde. Nach allen Richtungen flogen Kugeln. Ich sah einen Arbeiter zu Boden sinken und einen Privatpolizisten auf ihn zuweilen. Der Privatpolizist schoß auf den am Boden Liegenden. Ein zweiter Mann lief an mir vorbei, strauchelte und fiel in eine Wasserlache. Ein Privatpolizist, der ihn verfolgt hatte, blieb vor dem Niedergefallenen stehen und jagte ihm fünf Kugeln in den Leib.“

Hermann, der Bürgermeister von Roosevelt, versicherte, daß die „Streikenden durchaus ohne Schuld (blameless) sind“ und von einer „Mörderbande vorfälschlich und ohne jeden Grund“ (band of thugs, deliberate and unprovoked) mit tödlichem Erfolge überfallen wurden.

Die Empörung über die Mordtat von Roosevelt ist so weit verbreitet und so groß, daß selbst die verbissensten Scharfmacherorgane, wie z. B. die hiesige „Times“ und die hiesige „Sun“, die im allgemeinen selbst die niederträchtigste Brutalität einer frivolen Profitlüsternheit mit eherner Stirn zu rechtfertigen suchen, im vorliegenden Falle das Treiben der gedungenen Nordbuben verurteilen. Auch in der bürgerlichen Presse wird die American Agricultural Chemical Society moralisch für die Morde von Roosevelt verantwortlich gemacht. Es wird daran erinnert, daß der hiesige Polizeikommissär (entspricht dem deutschen Polizeipräsidenten) Wood erst vor Monatsfrist erklärte, die berufsmäßigen Streikbrecher und die im Zusammenhang mit Lohnkämpfen eingestellten Privatpolizisten seien durch die Want gefährliche Verbrecher, die vor einem Morde nicht zurückschrecken. Und ähnliche antiliche Feststellungen aus der letzten Zeit lassen sich in größerer Zahl anführen. Die Unternehmer wissen also, welche Elemente sie auf ihre streikenden Arbeiter loslassen, wie die Privatpolizisten sich darüber klar sind, was von ihnen erwartet wird.

Bürgerliche Blätter ziehen aus den Ereignissen von Roosevelt gleich ihre im Interesse der Scharfmacher gelegenen Lehren. Um die Einstellung von Privatpolizisten durch Fabrikanten, Bahnen usw. „überflüssig“ zu machen, fordern sie die Errichtung eines Staatskonstablerkorps nach pennsylvanischem Muster. Durch die Verwirklichung dieses Wunsches läme die Arbeiterschaft aus dem Regen in die Traufe. Wie die Untersuchungen der Bundeskommission für gewerbliche Beziehungen ergaben, treiben es die als „Kojaken“ verurteilten Staatskonstabler Pennsylvaniens den Arbeitern gegenüber bei Lohnkämpfen noch weitläufiger schlimmer als selbst die rohesten Privatpolizisten; aber ihre Wutthaten werden „im Namen der Staatsgewalt“ verübt und haben noch nie zur Erhebung von Anklagen geführt.

Nun wird ja allerdings, wenn man aus den Erfahrungen von Lawrence und dem Kanawha-Tale, von Dublow und Columet wie von der Roosevelt und benachbarten Seidenstadt Paterson Schlüsse ziehen darf, auch den Nordbuben von Roosevelt schließlich nichts geschehen. Aber die „Heldentaten“ der Privatpolizisten werden viel kommentiert, lenken die öffentliche Aufmerksamkeit auf die im Dienst des Großkapitals praktizierte Anarchie und Wfen eine, wenn auch in der großen Mehrzahl des Volkes nur vorübergehende, tiefe Unzufriedenheit mit gewissen Zuständen aus. Und das ließe sich so schön vermeiden, wenn statt der von den Fabrikanten angeworbenen „Gummen“ staatlich angestellte „Kojaken“ im Namen „des Rechts und der Ordnung“ mit Waffengewalt die Ausstände dreden würden.

### Berlin und Umgegend.

Den Berliner Sattlern und Portefeuillern brachte der Winter 1913/14 eine erschreckende Arbeitslosigkeit, an der alle Branchen gleichmäßig beteiligt waren. Nur langsam machte sich eine Besserung geltend, so daß die Zahl der Arbeitslosen in den Monaten April und Mai etwas unter 800 zurückging, um dann aber sofort wieder auf 850 anzusteigen. Dabei blieb es auch bis zum Ausbruch des Krieges. Angesichts dieser Notlage wurde vom Zentralvorstand eine besondere Unterstützungskasse eingerichtet.

In der zweiten Hälfte des Monats Juli machten sich Anzeichen bemerkbar, daß die Krise in der Lederwarenbranche überwunden sei. Die Mobilisierung zerstörte jede Aussicht und traf die Lederwarenindustrie geradezu vernichtend, ebenso wie die anderen Exportbranchen — Treibriemen- und Wagenbauindustrie. — Das Unterstützungswesen konnte unter diesen Umständen nicht in vollem Umfang aufrechterhalten bleiben; der Zentralvorstand nahm deshalb Notmaßnahmen vor. In gleichem Sinne entschied auch die Berliner Verwaltung über die Notzulage. Die Notwendigkeit, die ausgesteuerten Mitglieder sowie die Kriegerangehörigen zu unterstützen, machte sich geltend.

Da die Militärbranche infolge der Heereslieferungen am besten stand, beschloß eine Versammlung, 10 Proz. des Verdienstes für solche Unterstützungen abzugeben. Vom Zentralvorstand wurde zu dem gleichen Zweck eine allgemeine Sammlung eingeleitet und bezugnehmend auf den Beschluß der Berliner Militärattler werden alle mit Militärarbeit beschäftigten Mitglieder verpflichtet, 10 Proz., und die in den Privatbetrieben beschäftigten Mitglieder 5 Proz. ihres Wochenverdienstes zu entrichten. Auf diese Weise wurden bis zur zweiten Oktoberwoche 50 000 M. aufgebracht. Von diesem Zeitpunkt ab wurden die freiwilligen Sammlungen eingestellt und statt dessen für die folgenden acht Wochen ein nach Verdienst gestaffelter Extrabeitrag erhoben. Die Gesamtsumme, die in Berlin durch diese Extrabeiträge und die Sammelgelder aufgebracht wurden, beträgt 86 682,22 M. Dieses Geld wurde nur zu Unterstützungszwecken verwendet.

Die Heeresaufträge brachten dann eine Hochkonjunktur, an der auch die stillgelegten Lederwarenbetriebe, desgleichen viele berufsfremde Betriebe partizipierten. Es gelang der Organisationsleitung, einen Kriegszuschlag von 10, später von 20 und zuletzt von 30 Proz. durchzusetzen. Die Geldbranche, wo die Lohnverhältnisse vordem nie sehr günstig waren, übernahm ebenfalls Heeresaufträge und dadurch waren die Kleinmeister gestärkt, die gleichen Löhne zu zahlen wie die Militärbetriebe. Dasselbe traf für die Plan- und Zellbranche zu, ebenso für die Treibriemenbetriebe.

Differenzen traten in der Portefeuill- und Reifensattelbranche ein; sie verliefen durchweg zugunsten des Verbandes.

In den Vertragfirmen trat am 1. Juli die tariflich bedingte Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde wöchentlich in Kraft.

In der Limoleum- und Teppichbranche konnten durch Abschluß eines Tarifs wieder einheitliche Verhältnisse geschaffen werden. In der Wagen-, Auto- und Flugzeugbranche vorfindende Differenzen wurden zur Zufriedenheit der Arbeiter erledigt. Die Flugzeugbetriebe wurden durch Heeresaufträge stark in Anspruch genommen. Auch hier konnte die Organisation durch erfolgreiches Eingreifen Verbesserungen erzielen.

Zum ersten Male wurden im vergangenen Jahre von der Verwaltung für die Verwaltungsmittelglieder und die in der Agitation besonders tätigen Mitglieder ein Unterrichtskursus über „Geschichte, Theorie und Taktik der Gewerkschaften“ eingerichtet. Vortragender war Wissell.

Bis zum Jahresabschluss wurden 764 Mitglieder eingezogen. Die Mitgliederzahl beträgt trotzdem noch 4003.

Bis August war die Zahl der Arbeitslosen auf 1093 gestiegen. Im Dezember waren es nur noch 48. Beide Zahlen stehen in der Geschichte des Reiches bis jetzt einzig da.

Vom Zentralvorstand wurde mit Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Zentralkasse die Maßnahme getroffen, wonach ein Extrabeitrag von 50 Pf. pro Mitglied und Monat zu entrichten ist, der der Zentralkasse zufließt. Diese Maßnahme wurde von der Ortsverwaltung gutgeheißen.

### Ausland.

#### Die Bewegung der Londoner Doder.

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns:

Am Montag äbten 6000 bis 6000 Londoner Doder eine passive Resistenz. Der Konflikt betrifft den alten Streitpunkt der Arbeitsanwerbung. Die Arbeiter wollen diese außerhalb des Dods, wo eine bessere Verteilung der Arbeitskräfte möglich und die Kontrolle der Gewerkschaftsarten leichter ist. Das Abkommen von 1911 gestand die Anwerbung auf der Außenseite zu. Ein Unternehmer nahm gestern diese Bedingung an. Wenn keine rasche Einigung erzielt wird, droht die Bewegung von den Albert- und Victoriodods auf andere Londoner Dods überzugreifen. Diese Bewegung trifft mit den Lohnforderungen der Doderunion zusammen.

Amsterdam, 19. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die passive Resistenz der 6000 Victoria- und Albertdoder dauert fort. Eine Deputation der organisierten Londoner Doder und Werftarbeiter legte den Unternehmern die Lohnforderungen vor. Die Bewegung umfaßt 25 000 Mann.

## Soziales.

### Wehr Mieterschutz für Krieger

und ihre Angehörigen wünscht der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen, der neben den Dezerenten für die Fragen des Verbrauches auch eine Abteilung gegen den Mietsmücker eingerichtet hat. Er bittet in einer laeben dem Reichstag zugestellten Eingabe, daß das Gesetz vom 4. August 1914 auch auf die bisher nicht als mobil angesehenen Wehrpflichtigen ausgedehnt wird, die z. B. bei Ersatz- und Befehlstruppen, stellvertretenden Verwaltungsbehörden, Landwehrinpektoren, Bezirkskommandos, Bekleidungs- und Proviantämtern usw. eintraten, sobald diese Formationen nicht nach außerhalb veretzt und auf diese Weise mobilisiert oder zur Bewachung von Bahnstrecken oder Gefangenen („gegen den Feind“) verwendet wurden. Ferner wird für die als Invalide oder Krüppel zurückkehrenden Krieger verlangt, daß der Schutz des Gesetzes vom 4. August 1914 gegen gerichtliche Räumungs- und Zahlungsansprüche über den Tag ihrer Entlassung hinaus mindestens bis zur endgültigen Erledigung der Pensionsverorgung gewährt wird. Der Ehefrau und den sonstigen Angehörigen von gefallenen Wehrmännern will der Kriegsausbruch den Schutz gegen Räumungs- und Zahlungsanspruch und die Vollmacht zum Abschluß etwaiger neuer Mietsverträge im Namen ihres Mannes solange zugestimmt wissen, bis die gesetzliche Hinterbliebenenverorgung in Kraft tritt. Dadurch soll vermieden werden, daß Familien gefallener Vaterlandsverteidiger gerade im Augenblick des größten Unglücks aufs Vilsafer gesetzt werden können, wie es jetzt noch rechtlich zulässig ist. Außerdem besteht z. B. der sozial bedenkliche Zustand, daß eine Frau, die gerade aus Sparankheitsgründen eine kleinere und billigere Wohnung nehmen will, bei Abschluß ihres neuen Mietsvertrages des ihrem Mann gewährten Mieterschutzes verlustig geht.

## Aus Industrie und Handel.

### Zur Haferverorgung.

Berlin, 19. Februar. (B. Z. V.) Vielfach ist die irrige Auffassung hervorgetreten, daß der Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverorgung durch die Bundesratsverordnung vom 13. Februar d. Js. die Aufgabe übertragen sei, den einzelnen Pferdebesitzern die zur Fütterung ihrer Tiere erforderlichen Mindestmengen von Hafer abzugeben.

Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß die Zentralstelle nach § 22 der genannten Verordnung Hafer, außer an die Heeres- und Marineverwaltung und die vom Reichsanwalt besonders zugelassenen Stellen (Behörden pp.) nur an Kommunalverbände abgeben darf. Die Kommunalverbände haben nach § 28 der Verordnung innerhalb ihrer Bezirke den erforderlichen Ausgleich zwischen den einzelnen Pferdehaltern und landwirtschaftlichen Betrieben herbeizuführen. Hierzu können sie die in dem Bezirk noch verfügbaren Hafervorräte gemäß § 8 Abs. 3 der Verordnung sofort in Anspruch nehmen. Reichen diese Vorräte zur Deckung des Mindestbedarfs an Futter und an Saatgut (§ 4, Abs. 3a und b, § 8 Abs. 2a und b dafelbst) nicht aus, so ist ihre Ergänzung vom Kommunalverband bei der Zentralstelle schleunigst zu beantragen.

Als Kommunalverbände gelten in Preußen die Stadt- und Landkreise, in den übrigen Bundesstaaten die von den Landesregierungen bezeichnieten entsprechenden öffentlichen Verbände.

Ob und in welchem Umfang die Zentralstelle den an sie herantretenden Anträgen wird entsprechen können, läßt sich vor Abschluß der Vorratserhebung vom 1. Februar d. Js. noch nicht übersehen. Für die Uebergangszeit steht ihr für das ganze Reichsgebiet nur eine von den Heeresverwaltungen freigegebene Menge von rund 36 000 Tonnen zur Verfügung.



**Das Braugewerbe und der Krieg.**

Eine der Forderungen, die durch die Rücksicht auf die Volksernährung während des Krieges geboten ist, geht dahin, daß der Betrieb der Bierbrauereien eingeschränkt wird. Diese Forderung ist bereits zu einem Teil erfüllt und die Folge davon ist, daß der Preis des Bieres steigt. Das wird noch mehr den Rückgang des Bierabfahres beschleunigen und gar manche Brauerei zur Einstellung des Betriebes zwingen.

Auf diese Weise wird die Konzentration im Braugewerbe, die sich schon seit vielen Jahren gezeigt hat, sehr gefördert werden. Die kleinen Brauereien gehen mehr und mehr zugrunde. Dies zeigt uns aufs Klarste die in dem neuesten Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches soeben veröffentlichte Statistik der Bierbrauerei und Bierbesteuerung im Jahre 1913. Hiernach waren im Betrieb gewesen:

im Jahre 1894 insgesamt 8029 Brauereien,  
1913 3786

Von Jahr zu Jahr ist die Zahl geringer geworden. Dabei betrug die Gesamtbierezeugung:

im Jahre 1894 fast 31 Millionen Hektoliter,  
1913 41

Mithin ist der Rückgang in der Zahl der Brauereien eingetreten, trotzdem die Biergewinnung größer geworden ist. Der Arbeiter der Statistik hebt in seiner Einleitung zu der Zusammenstellung der festgestellten Zahlen hervor: Ueber den Betriebszustand der Brauereien und den Stand der Bierbrauerei ist Neues nicht zu berichten. Die Ueberlegenheit der großen Brauereien hinsichtlich der Betriebsmittel, Betriebsrichtung und Güte der Erzeugnisse besteht nach wie vor, Zahl und Absatz der kleinen, zum Teil auch der mittleren Brauereien wird von Jahr zu Jahr geringer.

Selbstverständlich werden sich die großen Brauereien auch jetzt im Kriege mit den außergewöhnlichen Schwierigkeiten leichter abfinden, als es den kleinen Brauereien möglich ist. So trägt der

Krieg dazu bei, daß der Mittelstand um so schneller durch das Großkapital verdrängt wird.

**Ueberall Geschäftemacher.**

Eine der angesehensten Eisenexportfirmen **Glasgow's** wird beschuldigt, an die Firma **Rupp** 15 000 Tonnen Eisenerz geliefert zu haben. Vier Teilnehmer stehen unter Anklage und sind gegen 40 000 Mark Bürgschaft für jeden der Beschuldigten vorläufig auf freiem Fuß belassen worden.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 21. Februar, vorm. 9 Uhr, Pappel-Allee 15-17: Neuföln, „Idealpforte“; Tegel, Bahnhofstraße 15, und Ober-Schöneweide, Klarstr. 2: Freireligiöse Versammlung. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn H. Böcher: „Wissen löst!“ — Damen und Herren als Gäste willkommen.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntagmorgen:** Am Tage überall mild, östlich der Ober- überlegend bewölkt und an den meisten Orten leichte Regenschläge; im Osten vieljährliger aber veränderlich, ohne erhebliche Niederschläge.

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 8. Berl. Reichstagswahlkreis.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gattin **Heinrich Köhler** (Beleg 152) gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes in Neuföln, Hermannstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

Am 17. Februar verstarb nach langen schweren Leiden unter steter Pflege und Mitarbeit, der Ehegatte  
**Georg Mohr.**  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. Februar, nachmittags 4 Uhr, auf dem Tegeler Friedhofe statt.  
Das Personal d. W. Weilmerschens Schriftgießerei, Berlin.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Einäscherung unserer lieben Mutter, Schwiegermutter und Großmutter  
**Witwe Bertha Manz**  
Sagen wir hiermit allen Beteiligten, insbesondere Herrn Walder Kanasse für die überaus trostreichen Worte und den erhebenden Gesang der Mitglieder des Gefangenenvereins „Vorwärts“ unsern herzlichsten Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Achtung!**  
6-700 Anzüge sowie getragene Sommerpaletots u. A. d. A. Monatsgarderobe in feinsten Werkstätten Berlin gearbeitet, teils auf Seide, für jede Figur passend, verkauft zu äußerst billigen Preisen.  
**Nathan Wand**  
129 Staliger Str. 129, Hochbahnstation Kottbuser Tor. Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.  
Tel. 11: Neue Garderobe.

**Herrenhosen**  
sehr billig. [14/15]  
**Königstr. 20/21,**  
Fabrik: Hof, parterre.  
Sonntag 12 bis 2 Uhr.

**Möbel-Angebot.**  
Solide Möbelfirma liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Anzahlung bei kleiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Disconto V. 3 an die Expedition des „Vorwärts“.  
**Keine Kassierer. Größte Kulanz.**

**Zur Einsegnung!**

# Kleiderstoffe

in schwarz, weiß, farbig

# Fertige Kleider

in schwarz, weiß, farbig

in großer Auswahl zu billigsten Preisen!

Beim Einkauf ein Spitzentuch gratis!

# R. & S. Moses

**Reinickendorfer Str. 9-10**  
an der Markthalle Wedding.

Hab alt-Konsummarken oder 5 p.c. in bar.

Sonntag 12-2 geöffnet. **Nur noch diese** Spezialität: Weiße Größen

**Woche:**

Ge- dieg. Ein- fache Feinste Beste Halblange Imitierte Hochaparte Halb- lange Echte	Wollplüschmäntel Seidenplüschmäntel Sealplüschmäntel Astrachanmäntel Plüschjacketts Persiermäntel Pelzmäntel Orenburger Jacketts Persierjacketts	a. f. stärkst. Fig. 10 Jahre Garn. beste Qualitäten a. Damascen- futter ganz lang. Ia. Futter auf Seide gefüttert lange Fassons modisches Fabrikat feinste Felle	40.- 33.- 80.- 30.- 30.- 69.- 150.- 100.- 400.-	statt 50.- statt 80.- statt 160.- statt 80.- statt 82.- statt 115.- statt 450.- statt 400.- statt 800.-
---	--	--	---	---

**Extra- Entzückende Modellkostüme**  
Angebot: Frühjahrs-Modellkostüme in fünf Serien: 100.-, 70.-, 45.-, 31.-, 18.- weil nicht kopiert im Preise ganz erheblich ermäßigt!

Fein. Mohair-Alpakka- m. Mob.-Shal. Covercoatmäntel auf Seide, nicht kopiert. Prkt. wasserd. Lodenkotüm.	18.50 statt 29.- 30.- statt 43.- 30.- statt 43.- 30.- statt 60.-	Impreg. Staub- m. Mod. 15.50 statt 25.- 25.50 statt 59.-	Echte Gummimäntel 25.50 statt 55.-	Echte holste. Lodenmäntel 15.50 statt 38.- teurer
--	--	--	------------------------------------	---

Imprägnierte Lodencape 12.50 statt 28.- 8.50 statt 16.-

**Einsegnungs-Kleider 35.-, 27.-, 15.-, 12.50**

**Kolossale Auswahl! Trauermagazin** Billigste Preise!

I. Mohronstr. 37a Kolonnaden. **Westmann** II. Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstraße).

**Kauft deutsche Nähmaschinen!**  
Unterstützt dadurch deutsche Industrie und die deutschen Arbeiter!  
Ich empfehle meine anerkannt vorzüglichen **Anker-Schnellnäher** vor- und rückwärtsnähend, mit Kniehebel.  
**G. A. Büttner, Berlin,**  
Hauptgeschäft: Andreadstraße 79, nahe Stralauer Platz. Filiale: Petersburger Str., nahe Gr. Frankf. Str.



## Große Posten Schuhwaren

sind zu enorm billigen Preisen für den Februarverkauf ausgelegt und bin ich in der Lage, meinem großen, treuen Kundenkreis von Berlin O. hervorragende Vorteile bieten zu können.

**Einige Beispiele:**

Schwarze Damenstiefel m. Lackkappe Derby	6,95
Einsegnungsstiefel für Mädchen	6,95
Damen-Derby-Schnürschuhe m. Lackkappe	5,95
Herren-Schnallenstiefel	6,90
Herren-Schnürstiefel mit Lackkappe	7,95
Schwarze u. braune Kinderstiefel bis Größe 22	1,95
Schwarze Mädchen- u. Knabenstiefel 31/35 6,45, 27/30	5,95
Einsegnungsstiefel für Knaben	7,25

sowie noch viele andere günstige Kaufgelegenheiten. Beschränkungen in Abgabe von Quantitäten vorbehalten.

Alles wird kommen nach

# Schuhhaus Kuntze Nachf.

nur Gr. Frankfurter Str. 88 Ecke Marsiliusstraße.  
Um es jedem zu ermöglichen, zu kommen, vergüte ich jedem Käufer 20 Pf. Fahrgeld.

**In Freien Stunden** Die Wochenschrift für Arbeiterfamilien Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Von der **Reichseinkauf-Ges. m. b. H.** zum Verkauf **Wattstraße 25:**

Riesen	pro Pfund	1,15
Beste Vorderbeine		0,50
Hinterbeine		0,40
Schwänze		0,50
Wülzen		0,15

## Preiswerte Einsegnungs-Anzüge

Guter Sitz. Nur eigenes Fabrikat, daher höchste Leistungsfähigkeit. Beste Verarbeitung.

	Brustumfang	72	76	80	84	cm
Blauer Cheviot		11,	12,	13,	14	M.
Sehr haltbarer blauer Cheviot		18,	19,	20,	21	"
Blauer Kammgarn-Cheviot		24,	25,	26,	27	"
Marengo-Cheviot		28,	29,	30,	31	"
Blauer Melton-Cheviot		32,	33,	34,	35	"
Ia Marengo-Melton-Cheviot		36,	37,	38,	39	"
Ia blauer Melton-Cheviot		41,	42,	43,	44	"

# Leineweber

BERLIN C  
Roßstr. 34 Röllnicher Fischmarkt 4-6 Fischerstr. 1.









Zur Kriegsunterstützung.

Je länger der Krieg dauert, desto offener stellen sich die Lücken heraus, welche das Gesetz über die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften enthält.

Auf Grund der Bundesratsverordnung hat bereits der preussische Minister des Innern am 3. Februar Ausführungsbestimmungen an die Regierungspräsidenten gerichtet, aus denen hier folgendes wiedergegeben sei:

1. Nach den gesetzlichen Bestimmungen sind von der Gewährung von Familienunterstützungen ausgeschlossen die Familien derjenigen Mannschaften, die in Erfüllung ihrer aktiven Dienstzeit sich befinden.

2. Gemäß Ziffer 2 des Runderlasses vom 2. Dezember 1914 - V. 5112 - sollen den Angehörigen aller derjenigen Mannschaften, die infolge der kriegerischen Ereignisse nicht mehr in der Lage waren, in die Heimat zurückzukehren, Unterstützungen gewährt werden, sofern glaubhaft gemacht wird, daß die Mannschaften als Gefangene im feindlichen Auslande zurückgehalten werden, wobei kein Unterschied zu machen ist, ob sie vom Feinde als Kriegs- oder Zivilgefangene behandelt werden.

Den Angehörigen dieser Mannschaften sind in Zukunft pflichtigen Alter stehenden männlichen Personen, die fähigen Alter stehenden männlichen Personen, die sich im neutralen Auslande aufhalten und infolge von feindlichen Maßnahmen nicht ins Land zurückkehren sowie die von den Feinden verschleppten, im wehrpflichtigen Alter stehenden Mannschaften.

3. Der Absatz 2 Ziffer 2 des erwähnten Erlasses ist dahin zu ergänzen, daß hinter die Worte „im Auslande“ die Worte „oder in einem Schutzgebiet“ eingeschaltet sind.

4. Die schuldlos geschiedene Ehefrau, der nach § 1578 des Bürgerlichen Gesetzbuchs der Mann den Unterhalt zu gewähren verpflichtet ist, ist unter den übrigen Voraussetzungen in Zukunft zu unterstützen.

5. Die nicht militärisch ausgebildeten, gemäß § 32 Ziffer 2 der Wehrordnung wegen bürgerlicher Verhältnisse, insbesondere als die einzigen Ernährer hilfsloser Familien, erwerbsunfähiger Eltern, Großeltern und Geschwister oder nach § 99 Ziffer 2 a. a. O. zurückgestellten, aber später einberufenen Mannschaften erfüllen ihre gesetzliche aktive Dienstpflicht; die Unterstützung ihrer Angehörigen kann nur in der in Ziffer 1 vorgesehenen Beschränkung erfolgen.

Das gleiche gilt hinsichtlich der nicht reklamierten, beim Kriegsersatzgeschäft ausgehobenen und später eingestellten militärpflichtigen Mannschaften.

6. Diejenigen Mannschaften, die auf Reklamation vorzeitig entlassen werden und militärisch ausgebildet sind (Wehrordnung § 82, 8c) treten gemäß § 14 Ziffer 4 der Verordnung zur Reserve über. Falls diese Mannschaften in den Heeresdienst eintreten, ist den Angehörigen die reichsgesetzliche Unterstützung zu gewähren.

7. Von verschiedenen Seiten sind Zweifel darüber erhoben worden, ob bei der Prüfung der Bedürftigkeit innerhalb der in § 2 Absatz 1 a. a. O. genannten Gruppe von Personen unterschieden, d. h. die Unterstützung für die Frau verweigert, für alle oder einige Kinder aber gewährt werden kann. Eine solche Unterscheidung ist nicht gerechtfertigt, da das Gesetz die Familien mindestens in der Zusammenfassung der in § 2 Abs. 1 a. a. O. bezeichneten Personen als eine Einheit betrachtet.

Für die Erstattung der nach diesen Bestimmungen gemachten Bewilligungen in Höhe der in § 5 a. a. O. festgesetzten Mindestsätze durch das Reich, und zwar vom 1. Januar 1915 ab wird Sorge getragen werden.

Die Tatsache, daß in einzelnen Fällen Angehörige von eingezogenen Mannschaften von ihren Aufenthaltsgemeinden armenrechtlich unterstützt worden sind, gibt mir Veranlassung, bei dieser Gelegenheit erneut darauf hinzuweisen, daß ein solches Verfahren mit den gesetzlichen Vorschriften im Widerspruch steht. Aus dem Umstande, daß das Gesetz Mindestbeträge festsetzt, kann nicht geschlossen werden, daß die Lieferungsverbände durch Bewilligung der Mindestbeträge weiteren Verpflichtungen überhoben seien. Diese Beträge stellen lediglich eine untere Grenze dar, unter die nicht herabgegangen werden darf und sind maßgebend für die Erfahrungsprüfung der Lieferungsverbände an das Reich. Die Verpflichtung, in Fällen des Bedürfnisses das über diese Beträge hinaus Erforderliche zu verabreichen, besteht daneben. Es muß also unter allen Umständen jeder Familie oder sonstigen Anspruchsberechtigten, deren Bedürftigkeit festgestellt ist, für die Dauer der Bedürftigkeit das zum angemessenen Lebensunterhalt Erforderliche gewährt werden. Dabei ist, wie ich schon früher betont habe, jede Engstirnigkeit in der Prüfung der Bedürftigkeit zu vermeiden und namentlich davon abzuweichen, etwa die Grundsätze der Armenpflege anzuwenden. Wie auf der einen Seite erwartet werden muß, daß die Angehörigen der Kriegsteilnehmer ihrerseits nach Kräften bemüht sind, jede Ausbeutung der Verpflichtung der Lieferungsverbände zu vermeiden, so muß andererseits von den letzteren niemals aus dem Auge gelassen werden, daß es sich bei Erfüllung ihrer Unterstützungspflichtigkeit darum handelt, in dem vor dem Feinde stehenden bisherigen Ernährer seiner Familie oder sonstigen Angehörigen die sichere Zuversicht lebendig zu erhalten, daß während seiner Abwesenheit seine Familie vor jeder Not bewahrt bleibt. Nicht gerechtfertigt erscheint sonach die Ablehnung einer Unterstützung unter Hinweis auf die Unterhaltspflicht einer anderen nach bürgerlichem Recht in Betracht kommenden, zur Erfüllung dieser Pflicht aber nicht bereiten Person oder die Notigung zum Verbrauch gemachter Ersparnisse; bei diesen können lediglich die Zinsen in Betracht gezogen werden.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 154 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

- 1., 3. und 5. Garde-Reg.; 2. Garde-Reg.-Reg.; Garde-Grenadier-Regimenter Alexander, Elisabeth und Augusta; Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Püßler-Regimenter Nr. 8, 11, 22, 26, 30, 35, 39, 41, 49, 50, 51, 53, 58, 62, 64, 67, 71, 72, 73, 74, 76, 78, 80, 83, 84, 86, 87, 89, 91, 93, 97, 111, 116, 117, 118, 128, 130, 135, 136, 137, 144, 148, 151, 152, 159, 160, 162, 168, 169, 175, 176; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 10, 11, 19, 20, 22, 23, 24, 25, 52, 59, 71, 72, 73, 74, 79, 80, 81, 86, 87, 109, 110, 130, 201, 202, 213, 216, 219, 220, 226, 231, 234, 235, 236, 237, 240, 261, 269, 271; Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 5, 17, 18, 22, 23, 25, 29, 32, 46, 48, 51, 55, 68, 72, 75, 76, 77, 81, 84, 87, 99, 110; Landwehr-Ersatz-Regimenter Nr. 1, 2; Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 8, 26, 79; Landwehr-Brig.-Ersatz-Bat. Nr. 9; Landsturm-Bataillone I. Allenstein, I. Braunschw., 2. I. Breslau, 1. und 3. Frankfurt a. O., 2. Hamburg, Reihe, Renssah a. O., I. Rawitzsch, Samter, 3. Schwerin, 2. II. Trier, Waldenburg, Worms und Nr. 52; Jäger-Bat. Nr. 14; Festungs-Nachschußgewehr-Abt. Nr. 15, Husaren Nr. 17.

- 1. und 6. Garde-Feldart.-Reg.; Feldart.-Regimenter Nr. 1, 18, 20, 22, 53, 59, 69, 84; Ref.-Feldart.-Regimenter Nr. 7, 12, 22, 68, Ruhart.-Regimenter Nr. 4, 6, 10, 11, 14.

- Pionier-Regimenter Nr. 19, 23, 29, 31; Pionier-Bataillone: I. und II. Nr. 6, 11, Nr. 8, I. Nr. 9, I. Nr. 14, II. Nr. 15, I. Nr. 16, III. Nr. 16; 52. und 84. Ref.-Pionier-Komp.; 1. Landwehr-Pionier-Komp. des IV. Armeekorps; Minenwerfer-Abt. des I. Armeekorps; Festungs-Scheinwerfer-Abt. Löh.

- Eisenbahn-Waggon-Arbeiter-Komp. Nr. 2 der Etappen-Inspektion der 3. Armee; Fernsprech-Abt. des VIII. Armeekorps; Feldsiegertruppe.

- Art.-Munitions-Kolonnen Nr. 2 der Garde-Ersatz-Division; Fortifikation Feste Löh; Artillerie-Bataillone Nr. 9 und 11; Artillerie-Komp. Nr. 20; Wegereparatur-Kolonnen Nr. 2 des V. Armeekorps.

- Sanitäts-Komp. Nr. 3 des XVI. Armeekorps; Ref.-Sanitäts-Komp. Nr. 4 des IV. Armeekorps.

- Train-Abt. Nr. 2; Korps-Brückenrain des XVI. Armeekorps; Divisions-Brückenrain Nr. 6; Feldbäckerei-Kolonnen Nr. 2 des Gardekorps; Ref.-Bäckerei-Kolonnen Nr. 30 des XXV. Armeekorps.

Die bayerische Verlustliste Nr. 155 bringt Verluste des Inf.-Leib-Reg.; 1., 3., 7., 8., 10., 13., 15., 16., 17., 19., 21., 23. Inf.-Reg.; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 1, 2, 4, 5, 6, 10, 12, 13; Ref.-Jäger-Bat. Nr. 1; Ersatz-Inf.-Reg. Nr. 1, 3, 11. Feldart.-Reg.; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 1, 5; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 1; 2. Pionier-Bat.

Der Schluß der sächsischen Verlustliste Nr. 120, deren Inhalt gestern mitgeteilt wurde, wird veröffentlicht.

Die württembergische Verlustliste Nr. 120 enthält Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 120, 121; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 121, 248; Ref.-Dragoner-Reg.; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 26; Feldart.-Reg. Nr. 49; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 54.

Aus Groß-Berlin. Gerüchteträger.

Es gibt Bazillenträger. Sie tragen die Erreger einer Krankheit in sich. Sie selbst leiden nicht an der Krankheit und fühlen sich ganz wohl bei all ihren Bazillen, die üppig bei ihnen gedeihen. Andere Menschen werden von ihnen mit der Krankheit, deren Erreger sie tragen, angesteckt, stecken dahin und sterben.

So gibt es auch Gerüchteträger. Sie befinden sich ebenfalls sehr wohl; stecken aber voll Gerüchte: den unfinnstigsten, den tollsten, den lächerlichsten, den fidschifsten und den furchtbarsten. Sie übertragen diese Gerüchte auf ihre Mitmenschen und verwunden, manchmal sogar tödlich.

Ich kenne eine Frau, die eine solche Gerüchteträgerin ist. In Friedenszeiten war sie ein ganz harmloses Wesen. Erst der Krieg hat ihre Gefährlichkeit enthüllt. Ich gehe ihr, obwohl ich immun bin, aus dem Wege wo ich kann.

Der vorige Sonntag war ein schöner Tag. Ich ging mit meiner Familie spazieren und hatte die Frau eines Freundes, der seit Monaten im Osten und jetzt mit vor Warschau steht, gebeten, mitzukommen. Sie zittert stäubig für das Leben ihres Mannes, und das hat sie sehr mitgenommen. Der Spaziergang, die Unterhaltung tat ihr sehr gut. Sie wurde lebhafter; ihre Wangen bekamen Farbe. Schon waren wir auf dem Heimweg und ich freute mich bereits, daß alles so gut sei. Da läuft uns die Gerüchteträgerin in die Hände. Ein Ausweichen gab's nicht mehr. Ihre erste Frage an die Frau meines Freundes war: „Hat Ihnen Ihr Mann schon geschrieben?“ „Nein, seit acht Tagen nicht.“ „Er steht doch vor Warschau.“ „Forchte die Gerüchteträgerin. „Ja!“

Nun ging es, bevor ich dazwischen kommen konnte, los: „Da ist es ja schrecklich zugegangen vor Warschau! Ach, schrecklich! Heute vormittag haben sie es beim Bäcker erzählt. Die Russen haben vor Warschau alles in die Luft gesprengt. Wenn da nur nicht ihr Mann — —“

Jetzt fuhr ich grob dazwischen: „Hatten Sie doch den Mund mit diesem Blödsinn. Davon ist kein Wort wahr.“

Die Frau meines Freundes ist totenbleich. Ich führe sie schnell weg. Hinter uns her schallt es noch: „Beim Bäcker heute früh erzählt — —“

Ich suche die Frau meines Freundes zu beruhigen. Aber das Gerücht hat seine Wirkung getan. Sie sagt nichts; aber sie zittert am ganzen Körper. Ich weiß, sie wird eine qualvolle Nacht — sie wird qualvolle Tage haben.

Zum Glück erhielt sie am Dienstag bereits eine gute Nachricht von ihrem Manne. Aber was soll mit diesen Gerüchteträgern gemacht werden? Sie können großes Unheil anrichten; haben es bereits angerichtet. Totschlagen kann man sie nicht. Also waise man sie weit von sich, bevor sie Unglück gestiftet haben.

Die Abhebung der Küchenabfälle.

Der Magistrat teilt mit: Es ist in der letzten Zeit wiederholt festgestellt worden, daß die der Viehfütterung dienenden Küchenabfälle, die auf den Höfen der Berliner Grundstücke gemäß der Verordnung des Oberbefehlshabers gesammelt und vom Hauseigentümer nach dem zwischen dem Magistrat und dem Verein Berliner Volkereibeitzer geschlossenen Vertrage für letzteren bereit gestellt sind, von unbefugten Personen abgeholt und verwendet werden. Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Abholung dieser Küchenabfälle durch Unberechtigte eine strafbare Handlung darstellt und in Zukunft strafrechtlich verfolgt werden wird. Die Hauseigentümer oder ihre Stellvertreter mögen auch gelegentlich darauf achten, daß nur der Berechtigte Küchenabfälle aus ihrem Hause abholt. Die

vielleicht nabeliegende Auffassung, daß es dem Hauseigentümer gleich sein kann, wer die Abfälle abholt, wenn sie nur überhaupt vom Hofe fortkommen, ist irrig. Der Hauseigentümer ist nach der Verordnung des Oberbefehlshabers verpflichtet, auch dafür einzustehen, daß die Vorschriften der Verordnung befolgt werden, und er hat die Sicherheit nur dann, wenn er von einer ihm bekannten Personlichkeit bezw. dem seitens des Magistrats verpflichteten Verein Berliner Volkereibeitzer die Abholung besorgen läßt.

Ausgabe von Kartoffeln aus den städtischen Beständen.

Der Reutköfener Magistrat teilt mit: Aus Anlaß der anderweitigen Festsetzung der Kartoffelpreise durch das Oberkommando in den Marken hat sich die städtische Verwaltung veranlaßt gesehen, um eine Abhebung der Kartoffeln nach den Nachbarbezirken zu verhindern, den Verkaufspreis für die Kartoffeln vom Montag, den 22. d. Mts., ab von 4 M. auf 5 M. je Zentner zu erhöhen. Für den Verkauf dieser Kartoffeln im Kleinhandel sind die vom Oberkommando festgesetzten Kleinhandelspreise maßgebend. Die Verpflichtung der Kartoffelhändler der Stadtgemeinde gegenüber, die Kartoffeln mit 50 Pf. je 10 Pfund zu verkaufen, ist mithin aufgehoben.

Wir sind erlaunt über die Maßregel des Reutköfener Magistrats, der jetzt, ohne die Lebensmittelkommission zu hören, einfach die Preise so hoch schraubt. Der Berliner Magistrat verkauft die Kartoffeln, wie aus der gestrigen Bekanntmachung zu ersehen, zum Preise von 48 Pf. für 10 Pfund. Es ist daher ganz unverständlich, daß der Reutköfener Magistrat die zu einem Preise von zirka 3 M. eingelaufenen Kartoffeln für einen derartig hohen Preis abgibt. Auch die Entschuldigung, daß Mißbrauch mit der Einrichtung getrieben worden ist, ist nicht dazu angetan, dieses Vorgehen zu billigen. Der Magistrat hätte dann vielmehr Vorkehrungen treffen sollen, jeden Mißbrauch auszuschließen.

Vergebung von Ackerland in Wilmersdorf.

Der Wilmersdorfer Magistrat will das der Stadtgemeinde gehörige unbedebaute Gelände und das ihr von verschiedenen Grundeigentümern für den geplanten Zweck zur Verfügung gestellte Land den sich bewerbenden Wilmersdorfer Bürgern unentgeltlich zur Verfügung stellen. Jedes Stück hat eine Größe von 400 Quadratmetern. Die Anlegung von Kinderplayplätzen und eine sonstige Entziehung der überwiegenen Fläche von dem beabsichtigten Zweck ist nicht gestattet. Nur eine Fläche von 10 Quadratmetern kann zur Aufstellung einer Sitzgelegenheit oder eines Geräteschuppens benutzt werden. Das Land wird nur für das Jahr 1915 zur Verfügung gestellt. Bewerber wollen sich möglichst umgehend im Bureau der Städtischen Gartenverwaltung Hildegardestr. 4 in der Zeit von 10 bis 1 Uhr melden. Es sei hier ausdrücklich bemerkt, daß das vorstehend bezeichnete Gelände als speziell für den Gemüsebau geeignet herausgefunden worden ist. Der bei weitem größere Teil der Freiflächen, der für den reinen Kartoffelbau als geeignet erscheint, ist der Gemeinnützigen Genossenschaft n. B. P. für landwirtschaftliche Verwertung von Gangeländen (Geschäftsstelle Berlin W, Charlottenstraße 60) zur Verwertung übergeben worden. Nähere Mitteilungen über die Verteilung dieser Flächen werden von der Genossenschaft demnächst erfolgen.

Lebensmittelfürsorge in Tegel.

Die Gemeindevertretung stimmte der Verpachtung der Milchhalle und Bedürfnisanstalt am Tegeler Weg gegen eine jährliche Pachtsumme von 300 M. zu. Der allzu üppige Baumwuchs in einzelnen Straßen soll dadurch beseitigt werden, daß in drei Straßenzügen die vierte innere Baumreihe entfernt werden soll. Zu den vom Kreis Niederbarnim eingerichteten Lazarettzügen werden 1000 M. bewilligt. Vom Assessor Laegel wurde in längeren Ausführungen die Ausgestaltung der wirtschaftlichen Dispositionen der Gemeinde und die Wahl einer für diese Zwecke einzusetzenden Kommission besprochen. Der Kommission sollen Mittel zur Fleischversorgung, zur Feststellung der Ländereien und der Beschaffung von Saatgut zur Verfügung gestellt werden. Dem Vorschlag eine Kommission zu wählen wurde zugestimmt und von unseren Vertretern die Genossen Rassa und Meyer hincindelegiert. Die Funktionen der Kommission wurden in der nachfolgenden vertraulichen Sitzung festgestellt. — Der Pachtpreis für die bei der Bearbeitung zugänglich gemachten Gemeinde- und Privatländereien soll 12 Mark pro Morgen betragen. Die darauf reflektierenden Gemeindeglieder erhalten je 1/4 Morgen zugeteilt. Den nichtverpachteten Teil bewirtschaftet die Gemeinde selbst. Auf Wunsch werden den Pächtern auch von der Gemeinde Saatkartoffeln beschafft.

Nahrungsmittelversorgung in Nichtenberg.

Durch eine Anfrage Rigte wurde die Frage der Nahrungsmittelversorgung in der letzten Stadterordnetenversammlung aufgerollt. Die hinsichtlich hervorgerufene Kartoffelknappheit bot den unmittelbaren Anlaß. Es war feinerzeit, kurz nach Ausbruch des Krieges, von dem Administrator des städtischen Kieselgutes eine Ernte von 50 000 Zentnern Kartoffeln in Aussicht gestellt und die Anfrage bezweckte, aus den Beständen genügende Mengen zum Verkauf zu bringen, damit für die Einwohner Nichtenbergs die Kartoffeln besorgt wird. Es stellte sich jedoch heraus, daß nur etwa 5—6000 Zentner geliefert werden können, da der Ernteertrag erheblich hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Die Deputation hat nun Vorkerkung getroffen, daß wöchentlich drei Waggons Kartoffeln und zwar je einer am Montag, Mittwoch und Sonnabend zum Verkauf gestellt werden.

Die Kartoffeln werden dem Marktpächter zu dem festgesetzten Höchstpreis zur Verfügung gestellt und durch diesen an die Markthändler mit der Verpflichtung weitergegeben, daß auch sie sich an die Höchstverkaufspreise halten. Gegen diese unwürdevollen Art des Vertriebs wandte sich Genosse Mirus, der ferner forderte, daß die städtischen Körperschaften ihren ganzen Einfluß geltend machen, um die Regierung und den Bundesrat zu veranlassen, geeignete Maßregeln anzunehmen, um die gegen die Volkswirtschaften handelnden Inhaber der reichlichen Kartoffelvorräte zur Hergabe zu zwingen. — Auf eine weitere Anfrage des Genossen Kreyling teilte Stadtsyndikus Dr. Warezki mit, daß von der Reichsanstalt für Lebensmittel den Ankauf von 2000 Zentnern Speis zum Preise von 140 000 M. und von 500 Zentnern Margarine bewirkt worden sei. Ferner stehen der Kommission 5000 Zentner Wehl zur Verfügung.

Der Kriegsausgang für Groß-Berliner Landbesitzer hatte in einer Petition um Bereitstellung von Gelände zu landwirtschaftlicher Verwertung gedeutet. Unsere Fraktion beantragte dagegen, das gesamte verfügbare Gelände der Genossenschaft, die sich unter Mitwirkung der freien Gewerkschaften und der Konsumgenossenschaft gebildet hat, zur Verfügung zu stellen. Diese Flächen sollen in Stücken von etwa 1/2 Morgen zum Preise von 22 bis 25 M. verpachtet werden. Diesem Antrage trat die Stadterordnetenversammlung einstimmig bei, nachdem auch der Magistrat sich mit dem Antrag einverstanden erklärt hatte.

Die Petition der „Friedrichsberger Bau“ wurde verlagert bis der Magistrat zu der Petition auf Prüfung der Verhältnisse Stellung genommen hat. — Die Polizeikosten belaufen sich auf insgesamt 295 292 M. Es sind infolgedessen noch 20 515 M. nachzuzahlen. Injere Fraktion lehnte die Zustimmung zu den Polizeikosten ab.



## Fleischversorgung in Hohenstaufen.

Entgegen der Handhabung in anderen Vororten hat die Gemeindevertretung in der gestrigen Sitzung davon Abstand genommen, gedächertes bzw. gepökeltes Schweinefleisch oder Konserven als Dauerware anzukaufen. Von dem im Orte vorhandenen Schweinebestande sind so viele Tiere beschlagnahmt worden, daß die Versorgung für die nächsten fünf Monate sichergestellt ist. Futter für die beschlagnahmten Tiere ist reichlich vorhanden. Sie sollen nach Bedarf geschlachtet werden, so daß die Bevölkerung stets mit frischem Fleisch versorgt sein wird. Nebenher sollen geeignete Teile zu Dauerware verarbeitet werden. Die Gemeindevertretung bewilligte für diese Regelung der Fleischversorgung einen Kredit von 60 000 M.

## Lebensmittelfürsorge in Tempelhof.

Am Donnerstag berichtete in der Gemeindevertretung die zur Nahrungsmittelfürsorge eingesetzte Kommission über die getroffenen Maßnahmen. Zunächst hat ein Berliner Schlächter den Auftrag erhalten, für 50 000 M. Schweine anzukaufen und in Mähkrämen unterzubringen. Das Fleisch soll später von hiesigen Schlächtern verkauft werden. Eine Kleinendorfer Konservenfabrik ist beauftragt worden, 20 000 Pfd. Konservenfleisch in 5- und 1-Pfd.-Dosen zu liefern. Der Ankauf von größeren Quantitäten Speck ist mit Rücksicht auf die dafür geforderten hohen Preise unterblieben. Aber der Ankauf und die Abgabe von Kartoffeln ist von der Kommission in den letzten Tagen durchgeführt worden. Die Kommission erhielt den Auftrag, noch weitere Fürsorge in der Beschaffung von Lebensmitteln zu treffen.

Bei der Behandlung der Frage des Anschlusses an die Berliner Nord-Südbahn sah sich der Gemeindevorsteher veranlaßt, Stellung zu nehmen gegen die Behauptung einiger Berliner Blätter, wonach dem Gemeindevorstand der Vorwurf gemacht werde, die Verhandlung mit Berlin nicht ordnungsgemäß geführt zu haben. Er müsse darauf entgegnen, daß er zu der Aufstellung gekommen sei, Berlin habe aus reinlichen Gründen, aus einer gewissen Verärgerung über den Verkauf des Tempelhofer Feldes, die Verwirklichung des Anschlusses von Tempelhof an die Nord-Südbahn hinausgezögert. Berlin wolle ursprünglich die Bahn bis zum Galleischen Tor bauen und verlange zur Tempelhofer Grenze. Erst nach langwierigen Verhandlungen habe man sich dazu verstanden, die Bahn bis zur Gneisenaustraße zu bauen. Tempelhof solle aber die von ihm durch die Tiefenerlegung an der Gneisenaustraße entstehenden Mehrkosten nicht zahlen, es werde daher verlangt, daß der Zweverband Groß-Berlin die Bahn baue. In der Diskussion traten sämtliche Redner der Auffassung des Gemeindevorstandes bei. Weiter wurde in der Debatte die ungenügenden Verkehrsbedingungen durch die Große Berliner Straßenbahn einer scharfen Kritik unterzogen und verlangt, daß sich die Gemeinde mit der Errichtung einer Omnibuslinie beschäftigen solle. Neben kleineren Vorlagen nahm die Gemeindevertretung noch Kenntnis von dem Urteil des Kreisauerschusses in der Angelegenheit des Genossen B. u. G. gegen die Gemeindevertretung. Unser Genosse war im März vorigen Jahres als Angelegener zum Gemeindevorstand gewählt worden, sein Mandat aber kassiert worden, da die Gemeindevertretung annahm, daß B. u. G. nur zum Schein Hausbesitzer geworden sei, um die Wahlberechtigung zu erlangen. Der Kreisauerschuss hob die Ungültigkeitserklärung auf und die Gemeindevertretung beschloß, das Urteil anzuerkennen.

## Kartoffelkauf in Potsdam.

Der allgemeinen Marktlage Rücksicht tragend und auch diesen Umständen erwägend, hat der Magistrat 1500 Zentner Wollmann-Kartoffeln angekauft, die er an die Ost- und Westküsten und an die Mitglieder des Rabattparvereins zum Selbstkostenpreis abgibt und bei denen sie in einer Höchstmenge von 10 Pfd. für jeden Potsdamer Einwohner zum Preise von 45 Pf. erhältlich sind. Damit wird dieser sozialen Maßnahme kein Mißbrauch getrieben wird, erfolgt der Verkauf nur gegen Marken, die inemgültlich an die Einwohnererschaft verabsolgt werden.

## Die Arbeit aus der Wollwoche.

In der Hauptammelstelle der Reichswollwoche, dem Ströllchen Stabiliment, nimmt die Verarbeitung der eingelieferten Wollschachen recht erfreulichen Fortgang, so daß Anfang nächster Woche ein Transport von 18 000 bis 20 000 fertigen Wolldecken den Truppen der Ost- und Westarmee überhandt werden kann. Zurzeit sind 125 Sanitäter, Arbeiter und Arbeiterinnen damit beschäftigt, das Ordnen und Sichten der eingelieferten Wollschachen, täglich 45 bis 55, zu bewerkstelligen. Der Oberpräsident von Brandenburg hatte den Wunsch ausgesprochen, daß auch aus den der Reichshauptstadt näher gelegenen brandenburgischen Städten die dort reichlich gesammelten Wollschachen abgeholt werden sollten. Das Rote Kreuz hat diesem Wunsch gern entsprochen und durch eigene Fuhrwerke, welche teilweise von den Expediteuren gestellt wurden, die zahlreichen Wollen abholen lassen.

Eine schwere Bluttat wurde gestern früh in der Kaiser-Friedrich-Strasse 4a zu Charlottenburg verübt. Als die bei dem amerikanischen Staatsangehörigen Adolf Göhring beschäftigte Aufwärterin gegen 10 Uhr die im ersten Stock belegene Wohnung betrat, fand sie die Zimmer mit Blut besudelt und in den zugedeckten Betten die Leichen der beiden Kinder ihres Bruders. Dem fünfjährigen Friedrich und seiner um ein Jahr jüngeren Schwester Ruth sind, wie sich später herausstellte, vom Vater die Kehlen durchschnitten worden. Dieser schnitt sich nach der Tat die Pulsader der linken Hand auf und öffnete den Gashahn, um sich selbst das Leben zu nehmen. Er wurde durch einen Arzt verbunden und nach dem Krankenhaus Westend übergeführt; seine Verletzungen sind leichter Natur.

## Drei tödliche Kinderunfälle.

Die Frau des Wollschachermachers Grünig aus der Briesener Strasse 88 ging einholen, während ihre beiden Kinder noch schliefen. Während ihrer Abwesenheit erkrankte der inzwischen erwachte fünfjährige Sohn Gustav an einer Schachtel Streichhölzer. Beim Spielen mit den Streichhölzern geriet das Bett des Kleinen in Brand. Als die Mutter kurz darauf nach Hause kehrte, erlosch sie die Flamme. Der Anstoß hatte aber so schwere Brandwunden erlitten, daß er nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte, wo er bald darauf starb. Das andere zweijährige Kind war unversehrt geblieben. — In der Voigtstr. 17 fand auf dieselbe Weise das zweijährige Söhnchen Herbert des Steinbrücker Ammann den Tod. Der Mann steht im Felde und die Mutter geht außer dem Hause arbeiten. Die Kinder sieben unterdessen unter Aufsicht der Großmutter. Während diese einkaufen gegangen war, spielten die Kinder mit Streichhölzern. Hierbei geriet das Kleid des Jüngsten in Flamme. Die erlittenen Brandwunden waren so schwer, daß ärztliche Hilfe vergebens war. — Verbrüht ist das drei Jahre alte Söhnchen Paul des Straßenbahnkassiers Kaaple aus der Überstr. 7. Während die Mutter in der Küche war, hatte das vierjährige Söhnchen kurz sein jüngeres Brüderchen in einen Topf mit kochendem Wasser gestochen, der auf der Erde stand. Im Paul-Gerhard-Stift erlag das Kind bald nach der Einlieferung seinen schrecklichen Wunden.

Als Magistratsbeamter spielt sich ein Schwindler auf, der es auf Frauen abgesehen hat, deren Männer im Felde stehen. Bei diesen Frauen erscheint ein etwa 25 bis 30 Jahre alter Mann, der eine weiche Fedelmütze mit Magistratsabzeichen trägt, und fragt, ob sie schon um Unterstützung eingekommen seien. Er verspricht ihnen, alles zu regeln und will ihnen Kohlen, Milch, Brotmarken usw. beschaffen. Wenn er sich so „Beliebt“ gemacht hat, borgt er sich unter irgendeiner Vorpiegelung einige Mark, die er am nächsten Tage

wieder zurückzahlen will. Wenn er sich dann aber nicht mehr sehen läßt, mehren die Frauen, daß sie einem Schwindler zum Opfer gefallen sind. Der Gauner ist unterlegt, hat blondes Haar, einen Auslug von blonden Schmirbhart und ein blaßes Gesicht.

## Warnung.

Es wird wiederholt davor gewarnt, Mietsverträge über Räume in neu erbauten oder umgebauten Häusern für eine Zeit abzuschließen, zu der die von der Ausfertigung des Hochbauabnahmeprotokolls ablaufende Frist von 6 Monaten für die Gebrauchsbabnahmeprüfung noch nicht verstrichen ist, da die Polizeibehörde vor Ablauf dieser Frist das Beziehen von Wohnungen nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht dulden können. Die Polizeibehörde werden nach wie vor auf Anträgen aus dem Publikum über den voraussichtlichen Termin der Beziehbarkeit von Wohnungen in neuen oder umgebauten Häusern bereitwilligst Auskunft erteilen.

## Gerichtszeitung.

### Liebesgabenräuber.

Ein Feldposträuber, der sich an den für Verwundete bestimmten Liebesgaben vergriffen hatte, wurde gestern zu einer exemplarischen, aber mehr als gerechtfertigten Strafe verurteilt. Wegen Unterschlagung im Amte und Diebstahls war der Postanwärter Karl Bach vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I angeklagt. — Der Angeklagte war als Postanwärter auf dem Postamt 8 in der Französischen Straße angestellt gewesen. Verschiedene Beschwerden, die einliefen, führten zu einer scharfen Beobachtung der in Frage kommenden verdächtigen Beamten. Diese Kontrolle führte eines Tages zu der Entdeckung des jetzigen Angeklagten, der dabei abgefaßt wurde, wie er ein in einem im Logarell liegenden Verwundeten gerichteten Liebesgabenpaket eröffnet und sich den Inhalt angeeignet hatte. Die weiteren Feststellungen ergaben, daß Bach auch mehrere andere Pakete geöffnet hatte. — Zur Anklage stand ferner noch ein Diebstahl, den B. in einem Warenhaus in der Leipziger Straße verübt hatte. — Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 1½ Jahren. Das Gericht, unter Vorsitz des Geh. Justizrats Langer, ging jedoch noch über diesen Antrag mit der Begründung hinaus, daß der Angeklagte eine so vaterlandsfeindliche, gemeine und niedrige Tat verübt habe, daß er, trotz seiner bisherigen Unbescholtenheit, die ganze Härte des Gesetzes fühlen müsse. Das Urteil lautete auf 2 Jahre Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren bei sofortiger Verhaftung des Angeklagten.

### Der „verwundete“ Krieger.

In der Rolle eines verwundeten Kriegers hat der Kraftwagenführer Hans Herzberg einen recht gemeinen Schwindel verübt. Vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I hatte sich der schon mehrfach vorbestrafte H. unter der Anklage des Betruges im strafschärfenden Rückfalle und schwerer Urkundenfälschung zu verantworten. — Der Angeklagte hatte neben verschiedenen anderen, jetzt gleichfalls zur Anklage stehenden Betrügereien folgendes Schwindelmanöver zur Ausführung gebracht. Er hatte sich irgendwoher die Uniform eines Angehörigen des Kraftfahrzeugbataillons beschafft, außerdem hängte er seinen linken Arm in eine schwarze Binde. Vorher hatte er sich eine Art Sammelleiste hergestellt, welche er mit dem von ihm geschätzten Namen des Bataillonskommandeurs versehen. In diese Liste, deren Ertrag angeblich zum Besten der Verwundeten des Kraftfahrzeugbataillons dienen sollte, trug er selbst mehrere Namen von Personen ein, die angeblich Geldbeiträge gespendet hatten. Bis dieser Schwindel aufgedeckt wurde, war es dem Angeklagten schon gelungen, etwa 10 Mark zu erbeuten. — Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten. Das Gericht verurteilte den Angeklagten mit Rücksicht auf die von ihm zu Tage gelegte niedrige Gefinnung zu 1 Jahr und 2 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

### Diebstähle auf einem städtischen Gute.

Nächtliche Streifzüge zu dem der Stadt Berlin gehörigen Nieselgut Waldow haben eine ganze Anzahl von Personen ausgeführt, von denen als Diebe die Möbelpolierer Otto Blümel und Max Wöller, sowie der Möbelmacher Max Scholz und der Tischler Hugo Wöcker, als Helfer der Fahrmann Richard Jickert vor der Strafkammer des Landgerichts III standen. Es handelt sich um bandenmäßig ausgeführte Diebstähle auf dem Nieselgut Waldow, wobei den Dieben in der Zeit von Mitte August bis Anfang September v. J. jedesmal etwa 10 Zentner Kefel und Birnen im Werte von etwa 500 M. zur Beute fielen. Der Polizeifergeant Cestreich hatte wiederholt Beobachtungen gemacht, die darauf hindeuteten, daß das Nieselgut Waldow unerwünschten nächtlichen Besuch erhalte und es gelang ihm schließlich auch, dieses Treiben aufzuklären. Die vereinigten Spitzhaken füllten während der Nacht das gestohlene Obst in Säcke, die von dem Angeklagten Jickert auf dessen Fuhrwerk nach in der Nacht von Waldow abgeholt und auf das Jickertsche Grundstück in Weihensee gefahren wurden. Am nächsten Morgen wurde dann das Obst von dem Wagen des Jickert an Gemüschhändler verkauft. Für jede Furte erhielt Jickert 10 M., während der Erlös an die bei den betreffenden Diebstählen mitwirkenden verteilt wurde. Rechtsanwalt Dr. Davidsohn bekämpfte mit Erfolg die Ansicht des Staatsanwalts, daß Bandendiebstahl vorliege. Das Gericht nahm nur gemeinschaftliche Diebstähle an und verurteilte den völlig geständigen und reumütigen Blümel zu 6 Monaten Gefängnis (davon 4 als verbüßt angerechnet), Wöller zu 9 Monaten, Scholz zu 1 Monat, Wöcker zu 9 Monaten und Jickert wegen einfacher Fehlers zu 6 Monaten Gefängnis.

### Verbotenes Waffentragen.

Durch Verordnung des Oberkommandos in den Marken vom 1. August 1914 ist den Zivilpersonen das Tragen von Waffen ohne polizeilichen Erlaubnisverbot verboten. Wegen Verstoßes gegen diese Verordnung, die im Hebertragungsfalle Gefängnisstrafen von 1 Tag bis zu 1 Jahr androht, hatte sich gestern der Maurer Otto Verthold vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Der Angeklagte kam am 4. Oktober, als er seinen Dienst als Wächter auf den Grundstücken der Union-Vergesellschaft in der Greifswalder Straße versah, in Konflikt mit mehreren nächtlichen Wache auf Weisung zurückkehrenden jungen Männern, von denen er fälschlich annahm, daß sie ein Stück des Grundstückes niedergeworfen hätten. Er bedrohte die jungen Leute nicht nur mit einem Ohrenzeiger, sondern hielt ihnen auch einen geladenen Revolver entgegen und ließ sie durch den Anblick, daß er jeden Angreifer niederschleichen würde. Die ganz zu Unrecht beschuldigten jungen Leute ließen sich dies nicht gefallen, sie beschwerten sich vielmehr bei der Polizei und da stellte sich denn heraus, daß der Angeklagte eine Erlaubnis zum Waffentragen überhaupt nicht eingeholt hatte. Daraus ergab sich die jetzige Anklage, gegen die der Angeklagte den Einwand erhob, daß er von der Verordnung des Oberkommandos nichts gewußt habe. Der Staatsanwalt ließ diesen Einwand nicht gelten, da in heutiger Zeit jedermann die Pflicht habe, sich um die Erlasse und Verordnungen, die aus Anlaß des Krieges ergehen, zu bekümmern. Der Strafantrag lautete auf 1 Woche Gefängnis. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zur niedrigen zulässigen Strafe von 1 Tage Gefängnis.

## Kleine Nachrichten.

### Strafen gegen Kriegsschwäger.

Vor dem Koblenzer Kriegsgericht stand der Generalvertreter einer bosener Artillerie, der sich in einem Koblenzer Hotel abfällig über die österreichische Armee und einige deutsche Seeräuber ge-

äußert hatte. Er wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt; dabei wurde noch als strafmildernd berücksichtigt, daß es sich nur um lächerliche Witzreden gehandelt, die durch Weitergabe von Alarmnachrichten weite Kreise ängstigten, ohne daß ihnen eine deutschfeindliche Gefinnung zugrunde liege. — Ein aus der Schweiz gebürtiger Arbeiter hatte die deutsche Armee als „Diebesbande“ bezeichnet; die Soldaten seien Feiglinge und winkten an der Front mit dem weißen Tuch. Sicher würde der Krieg mit einer Niederlage der Centralmächte enden. Wegen dieser Redereien verurteilte ihn das Koblenzer Kriegsgericht zu neun Monaten Gefängnis.

### „Vater hat die Säcke auf dem Scheunenboden versteckt.“

Bei der Feststellung der Getreidevorräte in einem Dorfe des Kreises Schlüchtern gab, wie die „Frankfurter Volksstimme“ berichtet, ein reicher Bauer seine Getreidemenge so niedrig an, daß der Gendarmerie ihn auf Ehre und Gewissen nach weiteren Vorräten fragte. Der Bauer verneinte. Da fragte der Beamte den kleinen Sohn des Bauern, ob er nicht wüßte, wo der Vater noch Korn liegen habe. Und prompt antwortete der kleine Bürsche in seiner Herzensankuld: „Vater und Mutter haben noch viele Säcke in dem Scheunenboden gesteckt.“ Das Bäuerlein hat eben Vorräte getroffen, damit er durchhalten kann.

### Ein Geldbriefbeutel mit 17 000 M. gestohlen.

Die Kaiserliche Oberpost-Direktion Breslau schreibt der „Breslauer Volksstimme“:

Ein am 23. Januar vom Postamt Breslau I für die Bahnpost 33 im Zuge 716 Breslau-Posen ab Breslau Hauptbahnhof 234 nachmittags — gefertigter Geldbriefbeutel ist in Verlust geraten. Ob der Verlust bereits in Breslau oder später eingetreten ist, steht nicht fest. Der Geldbriefbeutel hat zwei Geldbriefe über je 5000 M. nach Ostrow, einen Geldbrief über 2100 M. nach Schwab, 1 Geldbrief über 3000 M. nach Salmierzyce und 1 Geldbrief über 1588 M. nach Trachenberg enthalten. Der Inhalt der Geldbriefe bestand durchweg aus Papiergeld in den verschiedensten Sorten; darunter hat sich ein Tausendmarkschein befunden. Nach Lage der Verhältnisse muß Diebstahl angenommen werden. Auf die Ergreifung des Diebes und die Wiedererlangung des Geldes wird eine Belohnung von 600 M. ausgesetzt.

### Zwei Polizeibeamte von einem Irrsinnigen erschossen.

Gestern nacht schoß in der Holzschuherstraße zu Nürnberg der geisteskrankte Schreiner Nathan Kücklein mit einem Gewehr auf die Passanten. Er tötete den Polizeiwachmeister Michael Vogner und den Hilfswachmann Johann Weber und verletzte den Wächmann Gohmann und den Pferdehändler Heberabend durch je einen Schuß am Arm. Der Täter wurde gestern früh verhaftet.

### Eine Erbschaft für die Stadt Kassel.

In der am Donnerstagabend abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung in Kassel wurde mitgeteilt, daß die vor einigen Tagen verstorbene Frau Sophie Henkel, die Witwe des bekannten Großindustriellen, der Stadt testamentarisch 250 000 M. zur freien Verfügung hinterlassen hat.

### Zusammenstoß zweier Güterzüge auf dem Brenner.

Wie aus Innsbruck gemeldet wird, ist gestern morgen zwischen Gossensak und Sterzing ein Güterzug, der einen Rekrutentransport führte, in einen zweiten im Schnee festengebliebenen Güterzug hineingefahren. Jehu Waggons entgleisten und wurden schwer beschädigt. Nach den bisherigen Feststellungen ist eine Person tot, 35 Personen erlitten Verletzungen.

## Parteiveranstaltungen.

**2. Kreis.** Jugendabteilung. Die jugendlichen Genossen veranstalten morgen Sonntag, den 21. Februar, eine Wanderrung: Jagri bis Tintenherber. — Preisgeld, Summe 200 M.

Treffpunkt sämtlich 1/8 Uhr morgens vor der Stettiner Vorortbahn. Fahrpreis 60 Pf.

**1. Wahlkreis.** Heute Sonnabendabend 8 1/2 Uhr findet im Saale des Hoftheaters, Wehrstr. 17, ein Lichtbildvortrag statt: Eine Reise durch die Balkanstaaten. Vortragender: Genosse H. Müller.

Am Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 5 Uhr, findet im Saale des Hoftheaters, Koppentstr. 29, ein Vortrags- und Märchenabend statt. Eintrittspreis 10 Pf., auch jedes Kind hat eine Eintrittskarte für 10 Pf. zu Wer. Kinder unter 6 Jahre kein Zutritt.

**Wilmersdorf.** Montag, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im kleinen Saale des „Victoria-Garten“, Wilhelmstr. 114/115. Tagesordnung: „Die Faltung der Reichsflagge“. Referent: Genosse Jubel.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten abends 8, 17. Hof rechts, Pariserstr. am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrag in ein Kuvert und eine Zahl als Briefkastenbezeichnung. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

**A. 23.** Groß-Berliner Verein für Wohnungswesen Berlin W. Friedrich-Wilhelm-Str. 12, am Völkoplatz. — **A. 2. 10.** 83 Millionen für Grundbesitz und 9 Millionen für Bauausführungen. — **A. 20.** Imponiert mit sehr. — **A. 9. 91.** Ja, als Wähler, galt jedoch als überflüssig. — **A. 8. 55.** Uns nicht bekannt. Können Sie jedoch wohl in größerem Maßstab erfahren. — **A. 3.** Bevor dies geschieht, erfolgt öffentliche Bekanntmachung. — **A. 20.** Wenden Sie sich an das Rote Kreuz in Wien VI, Reichsplatz 1. Auch an das Rote Kreuz in Regensburg. — **A. C. 11.** Wenden Sie sich an die Zentralkommission der Krankenpfleger, Regensburgerstr. 39-40. — **A. 300.** Privatmitteilungen zur Gesundheitsfürsorge sind grundsätzlich nicht empfohlen. — **Arthur 30.** Lieber Kollege, höchstgenötigt ein Bild. Nr. 50 Gramms 5 Pf. — **A. 2. 19.** 1. Beflege. 2. Wächter in einem Krankenhaus der Stadt Berlin zu werden, erfordert keine besondere Kosten, aber vorherige Ausbildung. Schülerinn der Schwesterenschulen am Krankenhaus Noak und am Strahow-Krankenhaus zahlen kein Lehrgeld, sondern erhalten noch Taschengeld, pro Monat anfangs 10 M., später 15 M. 2 u. 3. Freilich wird ihnen Wohnung und Beköstigung sowie Dienstleistung, nur Wäsche müssen sie selber mitbringen. 4. Einjähriger Ausbildungskursus mit Abschlußprüfung. Vor Antritt des Jahres die Veranschlagung, nach Ausbildung noch zwei Jahre in der nächsten Schwesterenschule zu bleiben. 5. Schriftliche Meldung zur Aufnahme als Schülerin und persönliche Vorstellung bei der Direktion des betreffenden Krankenhauses. Bedingungen: Alter nicht über 35 Jahre und in der Regel nicht unter 20 Jahre, gute Gesundheit, ausreichende Allgemeinbildung.

**A. 335.** Es wird als Pflicht erachtet, das Goldgeld einzumessen. — **Städtisch 34.** Sie sind zum Unterhalt der Frau verpflichtet. — **A. 8. 83.** 1. Die Eltern auf Grund der geltenden Pariser Zivilgesetzbücher bekommen, aber erst dann, wenn die Eltern selbst inaktiv sind. 2. Wenn der Mann innerhalb drei Wochen nach Austritt aus der Krankenpflege verstorben ist, haben die Kinder, sonst nicht. — **A. M. 20.** Rechts. Es besteht kein Anspruch. — **A. 11.** Der Sohn hat in diesem Falle natürlich nicht für die Schulden der Eltern. Er muß gegen die unerschöpfliche Forderung des Vaters stehen. — **A. 12.** Wegen Verhaftung zurückgestellt. — **A. 3. 88.** Wegen Verweigerung dienstuntauglich. Wenn die Stellungsbefreiung bekommen, müssen Sie sich aber noch melden. — **Landwirt 45.** 1. Wegen Verweigerung landwirtschaftlich. Wegen schlechter Jähme landwirtschaftlich. 2. Nach einer Verordnung des Oberkommandos in den Marken dürfen die Bauernschaften erst am 6. März morgens geöffnet werden. Bei der Eigenart ihres Geschäftsbetriebes konnten Sie ein Verbot um Ausnahme erlangen. — **A. 105.** Wegen Krankheit der Unterleibsorgane zurückgestellt. — **A. 8. 72.** 1. Wahrscheinlich nicht, entscheidet aber der Militärarzt. 2. 24 Monate, höchstens 30 Monate, wird gemeinhin die Hälfte gewährt. — **A. 2.** Joffen 1. Ja. — **A. 11.** Er kann als Vertragsarbeiter erhalten werden, dagegen wird nichts zu machen sein. — **A. C. 95.** Wegen Herzkrankheit zurückgestellt. — **A. 62.** Das Pflichtteil kann Ihnen nicht vorerhalten werden. — **A. 77.** Wegen Lungenerkrankung und wegen Hautkrankheit zurückgestellt.



Jugendveranstaltungen.

Södenid. Der Jugendausflug und die Disziplin... Touristenverein... Die Naturfreunde... den 22. Februar...

Eingegangene Druckschriften.

Die Schmutzorgel und andere Feldzugsgeschichten. Von P. Janowski... Das Forum... Kitchener's Geheimnis... Zur Frage eines Zollbündnisses zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn...

Deutsches Volkstümchen: Nr. 988. Reinhold Turba... Der Heimatschutz... Die Gerechtigkeit... Grundriss der Deutschen Literaturgeschichte...

Ämtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen... (Ohne Verbindlichkeit.)

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

- Berlin C. A. Bahnschiff, Adress: 174. O. Karl Welle, Friedrichstraße 4. Gustav Bögel, Köpenicker Straße 82. N. Wenzel, Rathenowstr. 36.

Eine wichtige Neuerscheinung! Krieg und Sozialdemokratie. Drei Aufsätze von Konrad Haensch. Preis 25 Pfennig. Die drei Abhandlungen führen folgende Ueberschriften: Die Sozialdemokratie und der Krieg, Der deutsche „Verrat“ an der Internationalen Durgfriede u. Klassenkampf...

Guter Lesestoff

in der

Kriegszeit



Die illustrierte Wochenschrift „In Freien Stunden“ bringt auch im Kriege ihren Lesern fesselnden Unterhaltungsstoff. Die weltgeschichtlich hochbedeutsame Zeit, in der wir leben, zwingt mehr als je dazu, den feichten, nichtsagenden Lesestoff aus Arbeiterkreisen zu verbannen...

Um die Freiheit

Geschichtlicher Roman aus dem deutschen Bauernkriege von 1525 von Robert Schweichel. Die größte deutsche Bauernerhebung hat in diesem Roman ihre künstlerische Darstellung gefunden. Der Verfasser führt uns gleich im Anfang in eine höchst lebendige, charakteristische Szene...

In Freien Stunden

erscheint wöchentlich als 24 Seiten starkes Heft zum Preise von 10 Pfennig. Jedes Heft bringt außer den Romanen Aufsätze (zum Teil auch illustriert) und Notizen aus allen Wissensgebieten, Skizzen oder kurze Erzählungen, sowie Scherz und Satire.

Der Antezelchnete bestellt bei der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. „In Freien Stunden“ auch einer Gratis-Kunstbeilage zum Preise von 10 Pfennig wöchentlich frei ins Haus. Name: Ort und Wohnung: Diesen Bestellzetteln nimmt auch der Zeitungsbote entgegen.

Kunstwerk von selbst versteht, durch Widerspiegelung jener Zeit in den Seelen der Menschen. Da treten uns ebenjowohl die einfachen Repräsentanten der großen Masse, wie die geschichtlichen Führer jener großen Bewegung entgegen. Da klingt eine Liebesgeschichte in Kampf und Streit hinein, und Poesie vereinigt sich mit Historie, um uns jene weltbedeutenden Ereignisse menschlich näherzubringen.

Alles in Allem: Dies starke Werk eines Mannes, der mit Herz und Tat stets auf Seite des schaffenden Volkes stand, muß das brennende Interesse jedes Arbeiters, jeder Arbeiterin finden. Wer den Roman schon kennt — man kann ihn gern zweimal lesen! — hat hier Gelegenheit, sich eine illustrierte Ausgabe für wenig Geld zuzulegen, denn das Werk wurde von Prof. Dambergert-München mit künstlerischen Bildern geschmückt.

Neben dem Hauptroman bieten wir unseren Lesern zunächst

Gewastopol

Novelle von Leo Tolstoj

In dieser höchst zeitgemäßen Novelle führt uns der berühmte russische Dichter in die Zeit des Krimkrieges, da die vereinigten Armeen der Franzosen, Engländer, Türken und Sardinier den ersten Kriegshafen der russischen Flotte im Schwarzen Meer einschlossen und eroberten. Der Verfasser befaßt sich als junger Offizier in der Festung und schildert aus eigener Anschauung tiefergreifend Leben, Leiden und Kämpfe der Verteidiger, ihren Mut und ihr Verzagten, ihre Tugenden und Laster. Er beschönigt nichts, er verschweigt nichts. — Da Gewastopol auch im gegenwärtigen Kriege eine bedeutende Rolle spielt, haben der russischen und Angreifobjekt der türkischen Flotte ist, werden die meisterhaften Schilderungen Tolstois mit außergewöhnlichem Interesse gelesen werden.



# Kriegspflichten!

Heiligste Pflicht der Arbeiter in diesen ersten Zeiten ist es, den von ihnen selbst geschaffenen Organisationen die Treue zu bewahren.

Ein jeder organisierte Arbeiter fülle in den Organisationen die durch den Krieg gerissenen Lücken aus; werbe nach besten Kräften für die Arbeiterorganisationen!

**Haltet Treue, tretet ein in die sozialdemokratischen Wahlvereine, werdet Abonnenten des „Vorwärts“.**

Beitrittserklärungen zu den Wahlvereinen werden entgegengenommen im Berliner Verbandsbureau, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 3. Hof, Aufg. IV, 3 Tr.

Bestellungen auf den „Vorwärts“ nehmen die Hauptexpedition, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, sowie alle Filialexpeditionen entgegen.

## Stadt-Café

Berliner Straße 53 Neukölln gegenüber Rathaus

Von jetzt ab:

Täglich abends 8 Uhr

**Konzert.**

## H. & P. Uder, Berlin SO. 16. Engel-Ufer 5.

Haupt-Niederlage der k. k. österr. Tabak-Regie.  
Zigarren — Zigaretten — Rauchtabelle.  
Nur für Wiederverkäufer zu Originalpreisen,  
Alleinverkauf der Fabrikate der Firma  
**F. J. Burrus St. Kreuz**  
Größte deutsche Rauchtabellefabrikation.  
Jahresproduktion über 5 000 000 Pfd. Rauchtabelle  
Zigaretten-Spezialität: L'Algerienne.

## Warnung vor Ankauf

von Nachahmungen des echten Kapitän-Rauchtabelle!  
Jedes Stück (Rollen oder Bündel) wird nur verpackt und mit Aufschrift:  
„Kapitän-Rauchtabelle“, gefällig geschickt,  
geliefert. Verkaufsstellen, wo die kleinen Rauchtabelleboxen gratis zu haben sind, weist gern nach.  
Carl Röder, Berlin, Grüner Weg 119 (Telephon: St. 3861).

von 14 M.  
**Einsegnungs-Anzüge**  
bis 30 M.

# M. Schulmeister

Berlin SO, Dresdener Straße 4  
Hochbahnstation Kottbusser Tor.

bis 40 M.  
**Prüfungs-Anzüge**  
von 15 M.

## Kaiser-Brikett



ist für Ofenheizung am besten und am billigsten!

Allgemein, Versich. R. Scheilenberger, Café u. Cond. Neukölln, Bergstraße 29/30.

Bäcker- u. Konditoreien

Bäckerei Nordstern

Inh. Gust. Müller

Filiale in Sieders, Ost- u. Ugeh.

C. Anders

Okerstr. 11. Spez. Gutes schmackh. Brot

G. Bröge

Leykstr. 18. gutes großes Brot

Erich Benthin, Falkstr. 12.

Arthur Friedrich, Bismarckstr. 95

Rob. Gallert, Kneesebeckstr. 33

A. Gemeinhardt, Adalbertstr. 92

Herm. Herze, Thüringerstr. 17.

P. Klattk, Wisemannstr. 46.

Lieseberg, Jahnstraße 19.

Fritz Nagel

Mariendorfer Str. 4.

P. Radloff

Nkln. Albrstr. 37

Fritz Richter

Oepfenker-Str. 117.

Joh. Rücker, Ratiborstr. 17.

Felix Schulze

Nk. Spren-bergerstr. 6.

Ernst Siegwald

Mittenwalder Str. 44.

Otto Weirich

Köllnische Ufer 72

P. Wendt

Schillerpromenade 23

## Beerdigungs-Anst.

Jul. Grieneisen

Neukölln

Berlinerstr. 7-8. Tel. 1286.

Holz- und Metallargfabrik

mit eigenem Fuhrpark.

Feuerbestattung

Otto Rengers

Wienerstr. 28.

C. Bosel

Melchiorstr. 17

Tel. Moritzpl. 176.

Max Fuchs

Oppolnerstr. 1.

Frank. Allee nur 179.

P. Mosmann

Balchenbergerstr. 138

Feuerbest. incl. Beisetzg. 150 Mk.

Bettfedern

Berta Pfeiffer

Wienerstr. 17

Laden

Cigarren und Tabake

O. Salomon

Berlinerstr. 93, Ferner

kostenl. Kat. in all. Preis- u. Straß.

G. Stürzebecher

Grünauer Str. 31

Johann Sauer

Hermannstr. 124

Grünauer Str. 31

H. Schneider

Admiralstr. 26

T. Moritzpl. 114/15

C. Wilke

Sanderstraße 3

Cigarren, Cigaretten

Fleisch- u. Wurstwaren

Rich. Gusinde

Oranienstraße 17.

Fabrik fein. Wurst- u. Fleischw.

August Fenger

Grünauer Str. 8

Fabrik fein. Wurst- u. Fleischw.

Gute Bedienung. Billig. Preise

Rich. Grieger

Kottbusser Damm 14

Wurst, Speck, Schinken.

Rich. Deckert, Wienerstr. 33.

Pr. Fritsch

u. Wurst. f. Wk.

## Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Süden

Erscheint wöchentlich ein mal

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Bierhandlung

Elektro-Edig. Rosanky, Cispelker

Bismarckstr. 25. Tel. Moritzpl. 149/2.

Cigaretten, trustfrei

Bebel-Cigaretten

mit der roten Fahne

gesetzlich geschützt

überall zu haben.

Berlin O.

S. Braun

Collnowstraße 4.

Dentist

A. Kutzner

Friesenstr. 20

Sprechstunde 3-7.

Eisen-, Stahl-, Waifen

O. Ain

Kaiser Friedrichstr. 6

Stahl-Haus, Kchgr.

Wrangelstr. 19.

Werkzeuge.

Ulto Jacob

Skalitzer-

straße 46b.

Herrenartikel

E. Bellert, Prinzenstr. 31.

Wrangel-Haus, Wrangelstr. 42

Keke Sorauer Strasse.

Herrn- u. Damen- u. Kleider

Fr. Kling

Lausitzerstraße 51

Auch Stoffhandlung

Kaffee-Versand

Gerold

KAFFEE

Bei gemeinsamem Bezug

Preisermäßigung

Berlin, Lützowstr. 94

Vorlang. Sie Preisliste

Kurz-, Weiß-, Wollwaren

M. Schöneberg

Mariendorferstraße 16

an der Zossenanstraße

A. Beseler

Chamissostraße 5

Mariendorferstr. 19

Kino-Theater

Kuckuck- u. Lichtspielhaus

Kottbusser Damm 22

Größtes Theater Neuköllns

1000 Plätze

Wöchentl. 3 mal Programm.

Erstkl. Vorführung. Sol. Preise.

Kolonialwaren, Delikat.

Alwin Bogen

Kottbusser-

damm 7.

Drews & Köller

Neukölln.

Schillerstr. 7.

A. Lehmann

Reits-,

Chausseest. 73.

Rich. Seidel

Kopfstr. 44

am Wasserturn.

## Fahrräder, Nähmaschinen

H. Scheller & Co., Berlinerstr. 83

Spez. Fahrrad, Zubehör billigst

O. Strohan, Fahrrad u. Rep.

böhl. Neukölln, Hermannstr. 214

Konfitüren

A. Deppardt, Waldemarstr. 61

Schokolade, Kakao, Bonbons.

mehlig., Kolonialwar.

J. Hintz

Adalbertstr. 34, Mehl-

handl. u. Kolonialw.

Joh. Pietsch, Gneisenaustr. 97

A. Schleinitz, Mariannenstr. 14

Lehranstalten

Zur Selbstanfertigung Ihrer

Garderobe erhalten Sie vor-

zügliche Anleitung ohne Vor-

kenntnisse im Lehr-instit.

Immer, Neukölln

Kaiser-Friedrich-Straße 201.

Ver-, Nach- u. Abend-Kurse.

Linoleum, Wachstuche

H. Schönwald

Kottbus-

str. 46b.

Molkereien

H. Poppmann

Milch, Butter, Käse

Kottbusserdamm 5

Hermann Bardel

Neukölln

Jägerstr. 9

Kunze, Molkepulv.

Emil Moritz, Kneesebeckstr. 33

A. Pahl

Bouchestr. 15

Ernst Schär, Teupitzerstr. 109

Heinr. Sprenger

Notizstr. 53

Möbel-Fabr. u. Magazine

P. Lackenmacher, Jahnstraße

Friedrichstr. 3, Tel. 215, Oberack-

teuerrstr. 83, gahr.

u. neue Möbel bill.

A. Pfeiffer

Obst, Gemüse

Herm. Ling

Schudoma-

strasse 42-44.

F. Zingler

Falkenstr. 33

Spez. Eisfische.

Papier- u. Schreibwaren

H. Wiedner

Ncht., Blücherstr. 8.

Sattler- u. Lederwaren

P. Gellnowsky

S.-W. 61

Müchenerstr. 19.

Schirme

Albert Wilke

Schlesischestr. 9

Schirmmacher

Seifen

Ernst Werner

Wrangelstr. 24

Seifen, Drogenartikel.

Greflenius

Mariendorfer

Chausseest. 273.

## Neukölln

Milch-Schmidt

Neukölln

Hermannstr. 13 u. Hermannstr. 96/98

Berlinerstr. 75 Bergstr. 157

Kais.Friedr.-Str. 346, Eckhausmarkt

Butter nur eig. Fabrikation

in eig. Meiereien hergestellt

Badeanstalt

Hohenzollernplatz 9

Liefer. sämtl. Krankenkassen

C. Dittmann

Berlinerstr. 43

Wild - Geflügel - Fische.

Möbel-Lager

O. Dornbusch

Bergstraße 28.

Drogenhaus Richter

Inh.: Paul Timm,

Kais.Friedr.-Str. 81.

Max Schüppel

Hermannstrasse 212

Seifen, Drogen, Farben.

L. Wolschnick

Bismarckstr. 11. Ecke Nussstr.

Obst, Gemüse, Fische,

Rücherw., Wild, Geflügel.

G.v. Ahnden, Cigarr- u. Ciga-